L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

III. Wahlperiode/ 5.Sitzung.
1. Sitzungsperiode 1929 (1)

Stenographischer Bericht

über die am Montag,den 14.Januar 1929 im Neuen Sitzungssaale des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Vorsitzender Scheuer: Meine Herren! Ich eröffne die Sitzung (9 Uhr 40 Minuten vormittags).

Die Regierungskommission ist vertreten durch:

Herrn Ministerial-Direktor Kuchenbecker,als Staatskommissar.

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt die Herren:

Schmoll (DWP)-Saarbrücken; Reichard (Dnt.VP)-Saarbrücken; Levacher (Z)-Saarlouis; Schneider (SP)-Saarbrücken; Dr.Sender (SP)-Saarbrücken.

Die

T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor. Sie umfaßt folgende Punkte:

1) Notverordnung über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses;

2) Notverordnung betr. die Erhebung einer Umsatzabgabe auf Zucker;

3) Rechtsmittel in Verbrauchs-und Stempelsteuersachen;

4) Bekämpfung des Kartoffelkrebses;

5) Ein= und Ausfuhr von Pflanzen und sonstigen Gegenständen des Wein=und Gartenbaues über die Zollgrenze des Saargebietes;

6)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

6) Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Zusammensetzung und die Aufgaben der Pachteinigungsämter zur Nachprüfung der Preise bei landwirtschaftlichen und Gartengrundstücken sowie bei Jagd=und Fischereipachtverträgen;

7) Vornahme einer Wohnungszahlung im Saargebiet im Jahre 1929;

8) Gebühren der Gerichtsvollzieher;

9) Abänderung der Ruhegehaltsbestimmungen.

Meine Herren! In der Kommission sind wir überein gekommen, die heutige Tagesordnung zu je 3 Punkten zusammenzunehmen und zwar kommen wir jetzt zu den ersten 3 Punkten betr.:

1) Notverordnung über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses;

2) Notverordnung betr. die Erhebung einer Umsatzabgabe auf Zucker;

3) Rechtsmittel in Verbrauchs-und Stempelsteuersachen.

Ich erteile hierzu dem Berichterstatter, Herrn Abeordneten Becker das Wort!

Abg. Becker (Z): Meine Herren! Zu der

<u>Notverordnung über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses,</u>

habe ich folgenden

B e r i c h t

zu erstatten:

" Diese Verordnung ist bereits unter dem 30. August 1928 als NOTVERORDNUNG erlassen worden. Die Regierungskommission verlangt jetzt die nachträgliche Begutachtung durch den Landesrat, indem sie der Vorlage eine Begründung beifügt, die die Notwendigkeit der Einführung betont, in der aber Angaben darüber fehlen, warum die Verordnung als NOTVERORDNUNG v o r Anhörung des Landesrates

<u>erlassen</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

erlassen werden mußte.-
Die Parteien des Landesrates, außer der K.P.D., die sich ihre Stellungnahme vorbehält, haben in der Kommissionssitzung vom 17. Dezember der Vorlage vorbehaltlich zugestimmt, da die Verordnung mit den reichsgesetzlichen Bestimmungen vom 5.7.1927 über die gleiche Materie sich deckt."

Zu der Vorlage betr.:

Erhebung einer Umsatzabgabe auf Zucker,

habe ich folgenden

B e r i c h t

zu erstatten:

" Die Vorlage ist bereits als NOTVERORDNUNG am 12. September 1928 erlassen und im Amtsblatt der Regierungskommission veröffentlicht worden.
Die Regierungskommission hat zur BEGRÜNDUNG der Vorlage ausgeführt, daß durch die Einführung dieser Sonderabgabe auf Zucker in Höhe von 6 % eine unterschiedliche steuerliche Belastung des Zuckers, insbesondere eine Vorbelastung durch Frankreich, vermieden werden soll. Die bisher an mehreren Stellen, beim Großhandel, beim Importeur und Einzelhandel erhobene UMSATZSTEUER kommt dadurch in Wegfall.
Der Handel des Saargebietes hat sich durch eine Eingabe der Handelskammer vom 2.6.1928 für eine derartige Regelung ausgesprochen.
Die Parteien haben sich ihre Stellungnahme zu der Vorlage vorbehalten.
Die K.P.D. hat einen Antrag zu Artikel 3 Absatz 3 angekündigt.

Zu der Vorlage betr.:

Rechtsmittel in Verbrauchs-und Stempelsteuersachen,

habe ich folgenden

B e r i c h t

zu erstatten:

"Der Vorlage ist eine Begründung der Regierungskommission beigefügt, die ausführt, daß infolge von nur teilweiser Einführung der Reichs-Abgabenordnung im Saargebiet Rechtsunklarheit darüber entstanden

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

entstanden ist,welcher Rechtsmittelzug bei Einsprüchen gegen verschiedene Steuerforderungen infrage kommt und zwar,ob das Verwaltungsstreitverfahren,oder das ordentliche Gericht zuständig ist.-

Die neue Vorlage setzt gemäß dem deutschen Vorbild den Rechtsweg vor dem ordentlichen Gericht außer Kraft.-

Die Vorlage ist in der Kommissionssitzung vom 17.Dezember 1928 angenommen worden.Seitens des Zentrums wurde vorgeschlagen,daß die in einigen Fällen vor dem ordentlichen Gericht bereits entstandenen Anwaltskosten vergütet werden müssen,da die Vorlage in § 7 vorsieht,daß etwa bereits entstandene Gerichtskosten nicht erhoben werden.

Nachträglich ist für diesen Antrag in Form eines Zusatzes zu Artikel 7,Abs.2 folgende Fassung vorgeschlagen worden:

> "Die übrigen Kosten bilden Kosten des nach dieser Verordnung vorgeschriebenen Beschwerdeverfahrens. Mehrkosten,die durch Inanspruchnahme der Ordentlichen Gerichte entstanden sind,werden von der Landeskasse des Saargebietes getragen."

Von der Sozialdemokratischen Partei ist beantragt worden:

> "die steuerl iche Einkommensgrenze in der Grundstücksübertragungssteuer Tarif Nr.11 von 10 000 Franken auf 30 000 Franken zu erhöhen."

Seitens der Wirtschaftspartei wurde beantragt:

> "den Stempelsteuersatz von 6 % bei der Grundstücksübertragung auf 4 % zu ermäßigen."

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

Meine Herren! Wenn ich nun gleichzeitig im Namen meiner Fraktion mich zu den Vorlagen aussprechen darf, so möchte ich erklären, daß wir zur ersten Vorlage

Notverordnung über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses,

im Jahre 1924 einen Antrag an die Regierungskommission gerichtet hatten, die damals im Deutschen Reich in Kraft befindliche Vergleichsverordnung ebenfalls für das Saargebiet einzuführen. Über diese Verordnung bestanden ganz verschiedene Meinungen, die einen hielten sie für gut und die anderen für schädlich. Man hat inzwischen eine neue Verordnung im Deutschen Reich veröffentlicht und wir stimmen der Vorlage heute um so lieber zu, weil die Verordnung ganz dem deutschen Gesetz entspricht. Die Verordnung mußte aber als Notverordnung erlassen werden. Die Verhältnisse, die der Fall der Bank für Saar-und Rheinland schaffte, haben die Regierungskommission veranlaßt, die Vorlage ganz plötzlich, ohne den Landesrat zu hören, in Kraft zu setzen. Sie ist durch die Verhältnisse überrascht worden. Vielleicht ist dies ein Grund für die Regierungskommission, einmal darüber nachzudenken, daß unsere Anträge doch einen gewissen Zweck haben und wenn sie unseren damaligen Antrag sorgfältig geprüft hätte, dann hätte sie sich nicht von den Verhältnissen zu überraschen lassen brauchen.

Die zweite Vorlage:

Notverordnung betr. die Erhebung einer Umsatzabgabe auf Zucker,

mußte ebenfalls als Notverordnung erlassen werden. Maßgebend für die ganze Verordnung war wohl der Umstand, daß am 1.Oktober 1928 die französische Regierung eine neue Abgabe auf Zucker eingeführt hat. Diese Abgabe hätte sich im Saargebiet nur preiserhöhend ausgewirkt. Außerdem wäre sie in die Tasche des französischen Staates geflossen. Nach dem Gegenseitigkeits-Abkommen, das zwischen Saargebiet und Frankreich besteht, wird die Steuer nicht erhoben. Der bestehende Zustand wird dadurch verbessert. Die erste Umsatzsteuer, also die Steuer, die vom Fabrikanten erhoben wurde, floß in die Kasse Frankreichs. Dadurch, daß nun die Umsatzsteuer für Zucker gleichzeitig weggefallen ist, ist das nicht mehr der Fall, und die gesamte Zuckerabgabe fließt in die Kasse des Saargebietes. Bisher betrug die Belastung 6 %, wenn man errechnet, daß 2 % Umsatzsteuer beim Fabrikanten, 2 % beim Großhändler und 2 % beim Einzelhändler erhoben wurden. Diese Belastung wurde noch größer, wenn der Zucker ein anderes Verfahren durchgemacht hatte, nämlich wenn der Zucker in eine Raffinerie gebracht werden mußte. Er war denn teilweise mit 8 % belastet.

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4 I

belastet. Bei dem heutigen Verfahren wird eine einmalige Abgabe von 6 % erhoben und der Zucker ist von einer weiteren Umsatzsteuer befreit. Wir stehen indirekten Steuern nicht sehr freundlich gegenüber, aber sie lassen sich nicht ganz vermeiden. Das sehen wir aus dem neuen Steuerprogramm des sozialdemokratischen Ministers Hilfferding, der auch den indirekten Steuern ablehnend gegenübersteht, aber ebenfalls eine Erhöhung der indirekten Steuer vornehmen muß, weil es ohne sie nicht geht. Aber für uns handelt es sich nicht darum, neue indirekte Steuern zu bewilligen, sondern für uns ist entscheidend, daß durch das jetzige Verfahren eine Verbesserung des bisherigen Zustandes eintritt. Eine Verteuerung und höhere Belastung findet nicht statt, wohl aber eine höhere Einnahme für das Saargebiet. Wir können mit Befriedigung feststellen, daß ein Steuerbetrag, der bisher an Frankreich fiel, nun für das Saargebiet gerettet worden ist. Das gibt uns Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß ganz bedeutende dem Saargebiet zustehende Steuerbeträge jedes Jahr in die Kassen Frankreichs wandern. Ich meine damit in erster Linie die sogenannte Luxussteuer, die auf Automobile erhoben wird. Sie wissen, daß die Luxussteuer zur Hälfte von Frankreich erhoben wird, oder vielmehr sie wird ganz von Frankreich erhoben und zur Hälfte dem Saargebiet überwiesen. Die Regierungskommission muß erreichen, daß diese Einnahmen, wenn man schon eine Luxussteuer für Automobile überhaupt für notwendig hält, dem Saargebiet in vollem Umfange zugute kommen. Wir können uns der Meinung, daß ein Automobil heute noch ein Luxusgegenstand ist, allerdings nicht anschließen.

Dieses Abkommen mit dem französischen Staat, bei dem die Interessen des Saargebietes in so mangelhafter Weise wahrgenommen worden sind, wie auch das bekannte Abkommen über die steuerliche Heranziehung der französischen Bergwerksverwaltung sind alles Überbleibsel aus der Aera Rault-Labie; die sollte man sobald als möglich verschwinden lassen.

Der dritten Verordnung betr.:

Festsetzung des Rechtsmittelzuges
in Verbrauchs-und Stempelsteuersachen,

stimmen wir ebenfalls zu. Auch hier erfolgt ja eine Regelung nach dem deutschen Vorbild. Es sollen, wie ich eben als Berichterstatter schon ausgeführt habe, nur einige, ganz wenige Verfahren sein, die bereits bei den ordentlichen Gerichten anhängig gemacht worden sind. Die Vorlage selbst sieht vor, daß diese Verfahren kostenfrei sein bezw. daß die Kosten niedergeschlagen werden sollen. Man muß in dieser Frage aber konsequent bleiben und auch diejenigen Anwaltskosten, die unnötigerweise entstanden sind, ebenfalls niederschlagen. Das haben wir durch einen Antrag zu erreichen versucht, den wir eingebracht haben.

Den von den anderen Parteien eingebrachten Anträgen, den Stempelsteuersatz von 6 % bei der Grundstücksübertragung auf 4 % herabzumindern, stimmen wir zu; ebenfalls dem Antrage des Abgeordneten Hoffmann, die

steuerfreie

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

steuerfreie Einkommensgrenze bei der Grundstücksübertragungssteuer,Tarif No.11, von 10 000 auf 30 000 Franken zu erhöhen. Wir müssen diese Anträge aber noch erweitern,indem wir unsererseits beantragen,daß die ganze Stempelsteuergesetzgebung im Saargebiet durch Übernahme der reichsdeutschen Stempelgesetzgebung verbessert wird,indem das deutsche Kapitalverkehrssteuergesetz eingeführt wird und indem gleichzeitig die Bestimmungen des alten deutschen Stempelgesetzes,das hier immer noch in Kraft befindlich ist,außer Kraft gesetzt werden. Unser Stempelsteuergesetz ist wenig einheitlich. Es ist ein Flickwerk. Es ist an ihm während der Kriegszeit und nach dem Kriege herumgearbeitet worden. Das Gesetz ist derart unübersichtlich,daß es gleichermaßen für die Wirtschaft,wie für die Steuerbehörde Grund zu Klagen gibt. In den letzten Tagen haben wir nun Auseinandersetzungen in der Presse über die Übergriffe des Finanzamtes,des Buchprüfungsamtes und ähnliches gelesen. Das hat Veranlassung gegeben,uns in der Fraktion ebenfalls mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Wir sind zu dem Entschluß gekommen,daß der heutige Zustand,bei dem die Finanzämter den gesetzlichen Boden verlassen haben,um überhaupt das Buchprüfungsamt in Tätigkeit treten zu lassen,nicht wünschenswert ist und nicht geduldet werden kann. Nach den deutschen Bestimmungen wird eine Buchprüfung,ganz unabhängig von der Veranlagung alle 3 Jahre regelmäßig vorgenommen. Damit entfällt für den Buchprüfer die Notwendigkeit,nunmehr unbedingt bei der Buchprüfung irgend etwas zu finden;um diese Prüfung nachträglich als gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Bei dem System, wie es bei uns zur zeit in Kraft ist,versucht man,auch schon mit Rücksicht darauf,daß man nun dem schwer „geprüften" Mann auch noch die Kosten aufhalsen will,unter allen Umständen irgend etwas herauszufinden. Dadurch verlieren diese Prüfungen an Sachlichkeit,sie verzetteln sich in Kleinlichkeiten, die den Gewerbetreibenden wochenlang in Anspruch nehmen. Von dem,was in der Stadt diesbezüglich erzählt wird,kann man ganze Bücher schreiben. Durch ein solches Verfahren wird aber bei dem Steuerpflichtigen leicht der Eindruck erweckt,daß ein Druck,fast eine Erpressung,auf ihn ausgeübt werden soll, selbstverständlich ohne daß der betreffende Beamte diese Absicht tatsächlinh hat oder daran schuld ist. Dieser Eindruck wird aber nur durch die Mängel des bei uns in Kraft befindlichen Systems erweckt. Wir wünschen deshalb,daß die reichsdeutsche Gesetzgebung bezüglich der Buchprüfungen eingeführt wird. Wir erwarten natürlich dabei, daß bei der Prüfung auf die Nationalität des betreffenden Unternehmens keinerlei Rücksicht genommen wird,sondern daß ein Unternehmen wie das andere gleichmäßig behandelt wird. Es soll das - ich habe zwar keine Beweise dafür - bisher nicht immer der Fall gewesen sein.

Wegen der Einkommensteuer,insbesondere der Lohnsteuer,haben wir bei Beginn der letzten Sitzungsperiode schriftlich die Anträge der Zentrumsfraktion eingereicht. Wir bitten,diese Anträge ebenso wie die Anträge, die wir zur Gewerbesteuer und zur Umsatzsteuer eingereicht haben,zu berücksichtigen. Wir empfehlen sie der Regierungskommission zur Berücksichtigung.

(Bravorufe des Zentrums!)

L H Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Daub!

Abg.Daub (KP): Meine Herren! Der vorgelegten Verordnung über den Vergleich zur Abwendung von Konkursen werden wir unsere Zustimmung erteilen, möchten aber dabei betonen,daß dieses nur ein Pflästerchen auf eine Wunde bedeutet. Eine Abstellung der Konkurse, wie sie hier auf dem Gebiete des Vergleichsverfahrens behandelt werden soll, wird natürlich im Saargebiet nicht möglich sein. Die Konkurse steigen von Tag zu Tag. Die Konkurse werden sich meistens auf kleinere Geschäfte erstrecken, und im Laufe der letzten Monate können wir versichern, daß meistens kleinere Geschäfte,kleinere Handwerker und der Mittelstand vollständig ruiniert worden sind. Und zwar ist das die Folge der Steuerschraube der Regierungskommission, die alle Steuern auf die kleinen Gewerbetreibenden abwälzt, und auf die Konsumenten, die sie tragen sollen.

Zur Verordnung: Notverordnung betr. die Erhebung einer Umsatzabgabe auf Zucker, muß ich folgendes sagen: Es ist interessant, daß der Abgeordnete Becker sich hier auf die Stellungnahme der Sozialdemokratie beruft. Ich glaube, man kann betonen, daß es einmal gegeben war, daß die Sozialdemokratie indirekte Steuern abgelehnt hat. Es ist aber im Laufe der letzten Jahre, schon nach der Kriegszeit festzustellen, daß die Sozialdemokratie eine ganz andere Politik betreibt, als sie in der Vorkriegszeit betrieben hat. Es gehört mithin zum Programm der Sozialdemokratie, heute für indirekte Steuern einzutreten,und dieses Programm wird durch ihren Reichsfinanzminister Hilferding vertreten. Herr Becker sagt, daß die Einführung dieser Verordnung im Saargebiet eine Verbesserung bringe. Er hat ausgeführt, daß diese Verbesserung insofern eintreten wird, als die Landeskasse im Saargebiet diese Beträge erhalte. Wir können keine Verbesserung sehen, es ist die Frage: wer soll diese Produktionsabgabe von den Konsumenten getragenn werden muß, und in Anbetracht dessen, daß Zucker ein hochwichtiges Lebensmittel darstellt, sind wir gegen die Vorlage.

Die weitere Vorlage, und zwar die Notverordnung betr. Festsetzung des Rechtsmittelzuges in Verbrauchs-und Stempelsteuersachen. Wir haben schon des öfteren betont, daß die Instanzen des Finanzamtes, die darüber zu wachen haben, daß wenn zu hohe Veranlagungen erfolgen, eine Prüfung eintritt und um eintretende Härten zu beseitigen, nicht die Körperschaften sind, die wir dazu brauchen. Die in der Verordnung vorgesehenen Regelungen sind nicht geeignet dazu, die Härten,die eintreten,überhaupt die Maßnahmen der Regierungskommission gegen die Steuerzahler,zu beheben. Das hat die Praxis, bis jetzt bewiesen. In der Vorlage ist vorgesehen, daß eine reine Willenskundgebung des Finanzamtes genügt, als Steuerbescheid rechtsgültig zu werden.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Die kleinen Geschäftsleute,sie können zum grössten Teile keine Buchfuhrung vornehmen,sondern sie werden sich im Laufe des Jahres vielleicht kleine Notizen zu ihrer Information machen.Die Veranlagung geschieht deshalb sehr oft durch die Finanzämter, indem man nicht die Lage des Geschaftsmannes oder des Handwerkers berücksichtigt,sondern man nimmt als Grundlage die Bilanzen vorhergehender Jahre.

In der Verordnug ist weiter vorgesehen,dass die Beschwerdeführer,die sich gegen diese Methode wehren,auch noch die Kosten tragen sollen..Also wenn man sich wehrt gegen unberechtigte Besteuerung,muss man noch die Kosten aufbringen..ir sind der Auffassung,dass vor allen Dingen in dieser Frage hier gefordert werden muss,dass die Auflegung der Steuerliste erfogt,damit die Bevölkerung des Saargebietes sieht,wer im Saargebiet überhaupt Steuern zahlt.Wir behaupten vor wie nach,dass diejenigen,die im Saargebiet das Geld bekommen,die Profite einheimsen,keine Steuern zahlen;wir behaupten vor wie nach,dass die Bergwerksdirektion keine Steuern zahlt,sondern nur eine Anerkennungsgebühr;wir behaupten vor wie nach,dass die Industrie ebenfalls keine Steuern zahlt.Dort wird die Prüfungsinstanz auf Widerstande stossen,es ist ihr unmöglich,dort Buchprüfun_gskontrollen usw.vorzunehmen.

Ich weiss bestimmt,dass im Saargebiet bei mehreren Firmen Buchkontrollen vorgenommen worden sind.Bei einem grossen Betrieb sind zehnmal Prüfungen vorgenommen worden und alle sind negativ verlaufen,weil diese Leute es geschickt verstehen,durch doppelte Buchführung einen Steuerbetrug zu bewirken .Es muss endlich gefordert werden,dass die Steuerlisten aufgelegt werden.Die Kommunistische Fraktion fordert,dass die Steuerausschüsse,die vorhanden sind,ausgebaut werden und gewählt werden aus den Gemeinden, damit die Gemeindefraktion an Hand dessen,dass die Steuerlisten durchgesehen werden können,die Massnahmen . ergreift ,die nötig sind.Wir sind der Auffassung,dass diese Vorlage nicht geeignet ist,die vorhandenen Mißstände zu beseitigen.

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg.Hoffmann(SP): Meine Herren! Die Sozialdemokratische Fraktion stimmt der ersten Vorlage

Notverordnung über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses

zu. Sie vertritt jedoch die Meinung,daß die Regierung mit dem Notverordnungssystem endlich aufhören muß. Diese Verordnung ist seit längerer Zeit im Reich in Kraft gewesen; man hätte sie dem Landesrat rechtzeitig zur Begutachtung vorlegen können. Ich möchte dann zu der zweiten Verordnung betr. die Erhebung einer Umsatzabgabe auf Zucker folgendes sagen: Die Sozialdemokratische Fraktion lehnt diese Verordnung ab.Sie vertritt die Meinung,daß die Zuckersteuer überhaupt beseitigt werden soll,und auf Grund dieser Tatsache kann sie der Vorlage nicht zustimmen.Ferner betont sie aber auch,daß die Regierungskommission uns rechtzeitig über den Erlaß dieser Verordnung hätte befragen müssen. Denn das französische Gesetz ist bereits im Jahre 1927 durchgeführt worden. Erst auf eine Eingabe der Handelskammer,die im September 1928 gemacht worden ist,hat dann die Regierung sofort diese Notverordnung erlassen. Das scheint uns etwas stark zu sein,daß die Regierung einfach,wenn die Handelskammer eine Eingabe macht,eine Notverordnung erläßt, ohne den Landesrat zu befragen. Auf Grund dieser Tatsache kann meine Fraktion dieser Verordnung nicht zustimmen. Sie betont aber auch weiterhin,daß diese Steuer besonders für die Konsumgenossenschaften eine weitere Erhöhung mit sich bringt. Sie haben bis jetzt keine 6 % zu zahlen gebraucht,sodaß die vorgesehene Steuer in den Genossenschaften eine weitere Belastung mit sich bringt.

Der Vorlage 3 über

Rechtsmittel in Verbrauchs-und Stempelsteuersachen

stimmt die Sozialdemokratische Fraktion zu. Sie vertritt auch die Meinung,daß die Finanzverwaltung in der Beurteilung der Steuerveranlagung etwas vorsichtiger vorgehen muß. Wenn es zutrifft,was der Herr Abgeordnete Becker sagte,daß er glaubt oder ihm gesagt worden sei,daß die deutschen Firmen vielleicht schlechter beraten werden wie die französischen,dann ist das ein starkes Stück,besonders wo doch bei sämtlichen Finanzämtern deutsche Beamte tätig sind. Wenn dies der Fall ist,werden wir auch hiergegen protestieren. Es müssen deutsche und französische Kaufleute gleichmäßig behandelt werden.

Da der Sprecher der Kommunistischen Fraktion, der Herr Daub,den Sozialdemokraten ihre Finanzpolitik in Deutschland,besonders bezüglich der indirekten Steuern,vorgeworfen hat,möchte ich noch darauf hinweisen,daß Deutschland heute ganz andere Lasten zu tragen hat als vor dem Kriege. Wenn man 2 1/2 Milliarden für die Daweslasten zu tragen hat,muß man schließlich andere Systeme einführen. Aber ich kann darauf

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4 1

darauf hinweisen, daß Rußland alle Kriegsschulden anulliert und auch alle Vorkriegsschulden annulliert hat, daß aber in Rußland der Haushalt mit fast 2/3 der Einnahmen durch indirekte Steuern gedeckt wird

(Zurufe: Hört, hört!)

Da ist also das Verhältnis wesentlich anders wie in Deutschland und trotzdem wird diese Steuerpolitik, die doch letzten Endes nicht aus der Not der Zeit geboren ist, durchgeführt. Die Sozialdemokraten in Deutschland müssen aber mit den Umständen rechnen, die nun einmal gegeben sind und dementsprechend den Verwaltungsapparat lenken.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg.Schmelzer(DSV): Meine Herren! Auch wir legen Verwahrung ein gegen den Erlaß der Notverordnung durch die Regierungskommission ohne vorherige Anhörung des Landesrates. Die Regierungskommission verläßt damit den Rechtsboden,denn im Versailler Vertrag ist ein derartiges Verfahren nicht vorgesehen. Es ist vielmehr festgelegt,daß die Regierungskommission vor dem Erlaß die gewählten Vertreter der Bevölkerung anhören muß. Die Regierungskommission kann sich nicht damit entschuldigen,daß es ihr an Zeit gefehlt habe. Der Landesrat ist schon wiederholt telegraphisch innerhalb 24 Stunden zusammenberufen worden. Außerdem liegt keine Veranlassung zum Erlaß einer Notverordnung vor. Wir legen dagegen Verwahrung ein und verweisen die Regierungskommission auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages.

Der ersten Vorlage über den

Vergleich zur Abwendung des Konkurses

stimmen wir zu. Wir haben mit der Zentrumspartei schon im Jahre 1924 einen derartigen Antrag eingebracht.

Ebenso stimmen wir der zweiten Verordnung betr.

Erhebung einer Umsatzabgabe auf Zucker

zu. In diesem Zusammenhange kann ich sagen, daß wir früher bereits einmal über die Luxussteuer für Automobile gesprochen und verlangt haben,daß sie beseitigt werde. Wir erwarten, daß uns die Regierungskommission recht bald eine dementsprechende Vorlage zugehen läßt.

Den Abänderungsanträgen zu der Vorlage betr.

Rechtsmittel in Verbrauchs-und Stempelsteuersachen

stimmen wir zu, wünschen auch, daß das reichsdeutsche Stempelsteuergesetz hier eingeführt wird. Dem Herrn Daub gebe ich recht, wenn er darauf hinweist, daß der Mittelstand durch die Steuergesetzgebung tatsächlich ausgesogen wird. Wir behalten uns vor, auf die Dinge,die der Herr Becker angeschnitten hat, nächstens einmal näher einzugehen.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8

A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Backes !

Abg. Backes (Chr.SP): Meine Herren! Der Vorlage über die

Notverordnung über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses

stimmt meine Partei zu.

Sie stimmt auch der zweiten Notverordnung betr.

die Erhebung einer Umsatzabgabe auf Zucker

zu,aber nur insofern, daß diese 6 % Steuer eine bessere Einheitlichkeit bringt und keine Preiserhöhung des Zuckers damit verbunden ist.

Zu der dritten Verordnung betr.

Rechtsmittel in Verbrauchs-und Stempelsteuersachen

erkläre ich, daß meine Partei den Beschlüssen der Kommission zustimmt.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Meine Herren! Es ist vorhin die Auffassung vertreten worden, als ob eine unregelmäßige Behandlung je nach Nationalität der Firmen stattfinden würde. Es wäre mir sehr erwünscht, wenn bei solchen Behauptungen auch Beispiele angeführt würden. Ich bin selbst Mitglied des Steuersenats und habe Gelegenheit, die Sache kennen zu lernen. Es ist die Burbacher Hütte erwähnt worden. Auch da habe ich sehen können, daß in keiner Weise irgendwie schwach vorgegangen worden ist, sondern daß sogar die Steuern erhöht worden sind.

(Zuruf des Abg.Daub: Das dürften wohl Anerkennungsgebühren, aber keine Steuern sein.)

Ich kann Ihnen das versichern. Wenn Sie Gelegenheit nehmen wollen, können Sie sich selbst informieren.

(Zuruf des Abg.Schmelzer: Wissen Sie,Herr Staatskommissar, daß gewisse Firmen ihre Buchhaltung im Auslande vollziehen und daß es unmöglich ist, die Buchhaltung dort zu kontrollieren.)

Das stimmt. Verschiedene Firmen haben ihre Buchhaltung im Ausland. Diese werden wie Zweigniederlassungen anderer Firmen im Saargebiet behandelt.

(Zuruf des Abg.Reinhard: Die Firma Röchling hat Zweigniederlassungen im Ausland, in Belgien,Frankreich usw.)

(Zuruf des Abg.Daub: Sehr richtig !)

Ich

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

Ich weiß ganz genau, daß das Finanzamt in gleichmäßiger Weise sucht, die Steuern einzutreiben. Diesen Eindruck habe ich gewonnen und gegenteilige Tatsachen kenne ich nicht.

Ich möchte noch weiter sagen, nachdem das Recht der Regierungskommission Notverordnungen zu erlassen, bestritten worden ist, daß nach dem allgemeinen Staatsrecht die Regierungskommission das Recht hat, Notverordnungen zu erlassen. Es können Fälle eintreten, in denen es als notwendig erachtet wird, Notverordnungen zu erlassen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Daub!

Abg. Daub (KP): Meine Herren! Einige ganz kurze Bemerkungen. Auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hoffmann einzugehen über die indirekten Steuern, glaube ich, daß es Nebensache ist. Ich habe schon öferts darüber gesprochen.

Zu den Ausführungen des Herrn Staatskommissars. Er führte aus, daß wir Beispiele bringen sollen, die beweisen, daß das Finanzamt die Maßnahmen nicht so durchführt, wie sie notwendig sind. Ich behaupte, daß das Finanzamt, wenn es gegen kleine Steuerzahler geht, ganz genau weiß, um einmal ironisch zu werden, welche Schuhgröße der Betreffende hat. Sind es aber große Firmen, so ist das Finanzamt nicht so auf dem Damm. Der Herr Staatskommissar soll sagen, wie es geschehen kann, daß die Firma Pique mit einem Betrag von ungefähr 750 000 Franken über die Grenze kommen kann. Es war nicht möglich, den dazu notwendigen Schuldtitel zu erhalten, obwohl nachweislich feststeht, daß die Gemeinde versucht hat, den Schuldtitel vom Finanzamt zu erhalten. Ich möchte den Herrn Staatskommissar fragen, ob das kein Fall ist. Ich glaube, daß diese Firma Pique nicht so behandelt worden ist, wie es notwendig gewesen wäre. Sie hat ihre 750 000 Franken mitgenommen und die kleinen Steuerzahler können dafür bluten. Dasselbe trifft zu für die Burbacher Hütte. Die unsicheren Ausführungen des Herrn Staatskommissars bestätigen schon zum Teil, daß etwas nicht stimmt. Ich bitte den Herrn Staatskommissar ferner, uns das Buchprüfungsprotokoll von der genannten Firma einmal vorzulegen. Er soll veranlassen, daß dem Landesrat einmal der Buchbericht zur Kontrolle vorgelegt wird.

Vorsitzender: Damit schließe ich die Aussprache. Die Vorlagen 1,2 und 3 sind somit angenommen.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

Vorsitzender: Wir kommen zu Punkt 4,5 und 6,welche lauten:

4) Bekämpfung des Kartoffelkrebses;

5) Ein=und Ausfuhr von Pflanzen und sonstigen Gegenständen des Wein= und Gartenbaues über die Zollgrenze des Saargebietes;

6) Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Zusammensetzung und die Aufgaben der Pachteinigungsämter zur Nachprüfung der Preise bei landwirtschaftlichen und Gartengrundstücken sowie bei Jagd=und Fischereipachtverträgen.

Ich erteile hierzu dem Berichterstatter,Herrn Abgeordneten Weber das Wort.

Abg.Weber (Z): Meine Herren! Zu der Vorlage betr.

Bekämpfung des Kartoffelkrebses

habe ich folgenden

B E R I C H T

zu erstatten:

"Die Vorlage betr. Bekämpfung des Kartoffelkrebses wurde in der Vollversammlung vom 7.Dezember 1928 der 3.und 4. Kommission des Landesrates überwiesen.

Die Kommissionen befaßten sich in ihrer gemeinsamen Sitzung vom 4.ds.Mts.mit der Vorlage. Wie die Begründung zur Vorlage ausführt,haben sich in der Durchführung der getroffenen Maßnahmen Schwierigkeiten ergeben, die in der Polizeiverordnung zur Bekämpfung des Kartoffelkrebses vom 9.X.1925 und den verschieden abgefaßten und gehandhabten Kreispolizeiverordnungen lagen. Dadurch wurde es zur Notwendigkeit,einheitliche Vorschriften zu erlassen,die zu dem vorgelegten Entwurf führten. Auch das Strafmaß bei Übertretung der polizeilichen Anordnungen erwies sich als zu gering.

Als einzige Anderung schlug die Kommission vor, auf Seite 3 in § 3 Abs.III in der 4.Zeile das Wort:"kann" durch„muß" zu ersetzen.

Ferner wurde die Anregung gegeben,die Feststellung des Kartoffelkrebses in einer Gemeinde in ortsüblicher Weise(Ortsschelle) bekannt zu machen,da es vorgekommen ist,daß Leute aus Unkenntnis der Bekanntmachung sich strafbar machten. Desweiteren sollen krebskranke Knollen und Gewächse öffentlich zur Schau gestellt werden,um so auch dem Nichtfachmann die nötige Aufklärung zu geben.

Die Kommission empfiehlt dem Plenum die Annahme der Vorlage."

---- Zu

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8

A4

Zu der Vorlage betr.:

Ein=und Ausfuhr von Pflanzen und sonstigen Gegenständen des Wein-und Gartenbaues über die Zollgrenze des Saargebietes

habe ich folgenden

B E R I C H T

zu erstatten:

"Die 3.und 4. Kommission haben sich in ihrer gemeinsamen Sitzung vom 4.ds.Mts.mit der Vorlage befaßt.

Der Entwurf bezweckt ein wirksames Vorgehen gegen die Einschleppung und Verbreitung der Reblaus und stellt eine fast wörtliche Übernahme der Bestimmungen im Reiche dar.

Bedenken gegen die Vorlage wurden in der Kommission keine geäußert,weshalb die Kommission den Beschluß faßte,dem Plenum die Annahme derselben vorzuschlagen."

Zu der Vorlage betr.:

Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Zusammensetzung und die Aufgaben der Pachteinigungsämter zur Nachprüfung der Preise bei landwirtschaftlichen und Gartengrundstücken sowie bei Jagd-und Fischereipachtverträgen.

lautet der

B E R I C H T

Die 3.und 4. Kommission haben sich in ihrer gemeinsamen Sitzung vom 4.ds.Mts.mit der Vorlage befaßt.

Die Vorlage sieht nur eine Verlängerung der bestehenden Verordnung vom 10.I.1927 vor.

Die Kommission stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Plenum die Annahme der Vorlage.

Vorsitzender

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Gladel!

Abg.Gladel(Z): Meine Herren! Wir stimmen den Vorlagen zu, weil sie eine Notwendigkeit und mehr oder weniger die Übernahme der deutschen Gesetze und Verordnungen sind.

Bei Verabschiedung der heutigen Vorlage,soweit sie die Landwirtschaft betreffen,halte ich es für meine Pflicht, die jetzige trostlose Lage der saarländischen Landwirtschaft etwas zu beleuchten und werde versuchen,einige Fingerzeige für eine Besserung zu geben.

Es ist schon oft in Versammlungen,in der Presse und auch an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß die Zollunion mit Frankreich gerade für die saarländische Landwirtschaft den Niedergang herbeiführen müsse und schon zum großen Teil herbeigeführt hat. Wenn sich zwei Wirtschaftsfaktoren wie hier die saarländische und die französische Landwirtschaft mit gleichen Absatzartikeln um den Markt streiten,dann muß selbstverständlich der wirtschaftlich Schwächere unterliegen. Letzteres trifft für unsere Landwirtschaft nur allzusehr zu.

Ich will hier mit einigen Gegenüberstellungen dienen:

hier:	drüben:
Eine durch die Inflation verarmte Landwirtschaft ohne jegliches Betriebskapital.	Aufwertung der Kapitalien und Betriebsmittel in voller Höhe beim Währungswechsel.
Überwiegende Kleinparzellierung und teuere Bewirtschaftungsweise und ungünstigere Bodenverhältnisse.	Hauptsächlich Großbetriebe mit entsprechender billigerer Betriebsweise unter Ausnützung aller ländlichen Maschinen. Dabei bessere Bodenverhältnisse.
Schlechte Absatzverhältnisse,da keine Mittel vorhanden zur Errichtung von Absatzgenossenschaften.	Gutfundierte Absatzgenossenschaften,die vom Staat gefördert und reichlich unterstützt werden. Hervorheben möchte ich hier vor allen Dingen:Milch und Molkereigenossenschaften im benachbarten Lothringen.
Fast nur Stallhaltung und daher teuere Produktion.	Ausgiebiger Weideviehbetrieb bis in den Winter hinein.
Drückende Steuerverhältnisse,hauptsächlich in Bezug auf Reallasten.	Sehr niedrige Besteuerung wenigstens soweit die Landwirtschaft in Frage kommt.

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4 I

Die vorerwähnten Umstände kennzeichnen die große Konkurrenz der lothringischen bezw.französischen Landwirtschaft für diejenige des Saargebietes. Es ist selbstverständlich,daß unter diesen Umständen die Landwirtschaft des Saargebietes nach und nach zu Grunde gehen muß.Und daß es zu einem vollständigen Ruin nicht kommen darf,das muß die Aufgabe für die Zukunft sein.

Eine Besserung der Lage der saarländischen Landwirtschaft muß auf zweifache Art versucht und erreicht werden.Einerseits muß bei einfacherer Art und Weise als bisher eine Produktionsvermehrung sowohl in der Menge als auch in Güte erstrebt werden. Andererseits müssen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in lohnenderer Weise als bisher auf den Markt gebracht werden.

Um dieses Ziel erreichen zu können,genügt nicht allein bewußte Erkenntnis,Energie und eiserner Fleiß der Landwirte selbst,sondern auch wohlwollende finanzielle Unterstützung in ausreichendem Maße von Seiten der Regierung.

Erst wenn diese Faktoren zusammenwirken,dann ist es möglich,daß durch großzügige und fachmännisch angelegte Ent-und Bewässerungen unserer Wiesenflächen, die teils zu trocken,teils total versauert sind,in den Stand gesetzt werden,daß sie bald ein gutes Futter in genügender Menge bringen. Auch könnte heute manche unrentable Fläche durch Entwässerung in wertvolles,fruchtbares Ackerland ungewandelt werden. Zur Verhütung der in den letzten Jahren ziemlich häufig auftretenden Überschwemmungen bei Hochwasser,die auch für die Landwirtschaft enorme Schäden bedeuten(ich erwähne hier die Lisdorfer Au) sind die Flußbette, namentlich der Saar, in den früheren Stand zu bringen. Eine Umparzellierung der kleinen und kleinsten Parzellen zu größeren mit gleichzeitigem Ausbau von neuen bezw. vorhandenen Wegen und Straßen hätte sicher eine rentablere Bewirtschaftung zur Folge.

Die Grundstückswerte,die bei der Veranlagung mancher Steuerarten als Unterlage dienen,undden heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen,sind zur Vermeidung ungerechter Besteuerung neu festzusetzen. (Grundstücksübertragungssteuer muß für die Fälle fallen).

Die Ausbildung der landwirtschaftlichen Jugend, die geistige Befähigung derselben auf allen Gebieten muß heute eine ganz andere sein wie früher. Nur ein Wirtschaftsleiter mit entsprechendem Weitblick ist in der Lage,durch die so notwendig zu schaffenden Neuerungen in der Landwirtschaft(wie Einstellung von leistungsfähigem Zuchtmaterial,Einführung des Kontrollvereinswesens,Bekämpfung von Tier-und Pflanzenkrankheiten,richtiger Gebrauch von bestem Saatgut u.a.m.) die Produktion zu vermehren. Vorbildlich müssen die in allen Kreisen einzurichtenden Beispielswirtschaften anrgen und wirken. Die landwirtschaftlichen Schulen sind mehr wie bisher mit Lehr-und Anschauungsmitteln auszugestalten,sowie eine ersprießliche Wirtschaftsberatung der Lehrkräfte durch Bereitstellung von

<u>Kraftfahrzeugen</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4 I

Kraftfahrzeugen zu ermöglichen. Die vermehrte Produktion kann sich aber nur dann für die hiesige Landwirtschaft gewinnbringend auswirken, wenn die Erfassung und der Vertrieb der Erzeugnisse (wie Kartoffeln und Getreide, Fleisch, Milch und Milchprodukte, Eier und Gemüse, Obst udgl.) in genossenschaftliche Bahnen gelenkt wird. Daß der Gedanke des genossenschaftlichen Vertriebes in unserer Landbevölkerung Platz gegriffen hat, das bekundet der überall zu verzeichnende Wille einer besseren Milchverwertung. Vorbildlich wirkt hier der Trier. Bauernverein an der Saar.

Der Aufbau dieser Genossenschaft ist aber leider nicht mit der Einsicht und der Willenserklärung der Mitglieder allein zu bewerkstelligen, sondern die Kapitalfrage wird bei der verarmten Landwirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung sein. Und gerade hier ist es Pflicht und Aufgabe unserer Regierung helfend einzugreifen und sich nicht mit Versprechungen allein zu begnügen. Und, daß die saarl. Landwirtschaft auch das Recht hat Ansprüche an die Regierung zu stellen, möchte ich in Kürze beweisen: In dem uns vorgelegten Etat für 1928 beträgt der für die Landwirtschaft und das Kulturbauamt ausgeworfene Betrag ungefähr den 260. Teil der Gesamtausgaben. Fürwahr eine bescheidene Summe. Preußen opfert zur Förderung der Landwirtschaft den rund 40. Teil seines Etats. Das klingt anders. Stellen wir dabei die staatl. Unterstützung und Forderung der lothr. und franz. Landwirtschaft (unsere Konkurrenz auf dem heimischen Markte) in Vergleich, so dürfen wir mit Recht für die Zukunft eine größere Unterstützung und Förderung der saarl. Landwirtschaft von Seiten der Regierung erwarten.

Diese geforderte Unterstützung soll nicht lediglich eine Staatshilfe darstellen, sondern sie soll nur das Mittel sein, um die Maßnahmen der Selbsthilfe unserer heimischen Landwirtschaft zu ermöglichen.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Heckler!

Abg.Heckler(KP): Meine Herren! Im Auftrage meiner Partei habe ich folgendes auszuführen:
Der 1.Vorlage betr.

Bekämpfung des Kartoffelkrebses

stimmen wir zu. Der 2.Vorlage betr.

Ein= und Ausfuhr von Pflanzen und sonstigen Gegenständen des Wein=und Gartenbaues über die Zollgrenze des Saargebietes,

stimmen wir ebenfalls zu.

Was nun die Lage der Landwirtschaft innerhalb des Saargebietes angeht, so müssen wir feststellen, daß die gesamte Lage der Landwirtschaft der Lage der Arbeiterschaft innerhalb des Saargebietes gleicht. Aus dem Grunde sind die Forderungen, die der Herr Abgeordnete Gladel hier vorgebracht hat,einerseits berechtigt. Aber auf der anderen Seite haben sie wesentlich andere Ursachen, als wie sie Herr Gladel vorgebracht hat.Die steuerlichen Verhältnisse der Landwirtschaft sind doch nur den einzelnen bürgerlichen Parteien zu verdanken,die im Landesrat hier bei der Abänderung der Steuergesetzgebung im Jahre 1923 diese Steuerverhältnisse für die Landwirte geschaffen haben. Aus dem Grunde sehen wir nicht ein, daß das Zentrum mit einer großen Rede hierher kommt und befürwortet unter allen Umständen die Bedürfnisse der Landwirtschaft,während es auf der anderen Seite bei jeder gegebenen Gelegenheit dazu übergeht,die Landwirtschaft in jeder steuerlichen Hinsicht zu erfassen und nach allen Regeln der Kunst wie die Arbeiterschaft auszubeuten.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser!

Abg.Lieser(SP): Meine Herren! Die Sozialdemokratische Fraktion stimmt ebenfalls den drei Vorlagen zu. Was die erste Vorlage betrifft,Bekämpfung des Kartoffelkrebses,so ist sie auch gleichzeitig eine Erhaltung der Produktion,die nicht nur im Interesse der Landwirtschaft gelegen ist,sondern auch im Interesse der Arbeiterschaft. Auch der Arbeiter,der nebenbei noch ein kleines Grundstück zu bewirtschaften hat,um den geringen Lohn,den er in der Industrie verdient,zu vervollständigen,ist ebenso auf diesen Schutz angewiesen. Deshalb ist es die Pflicht unserer Partei, dieser Vorlage zuzustimmen.

Die nächste Vorlage,Ein-und Ausfuhr von Pflanzen und sonstigen Gegenständen des Wein-und Gartenbaues über die Zollgrenze des Saargebietes,ist nur eine Formsache,indem sie den internationalen Ring schließt,womit man sich gegen die Einwanderung von Seuchen bei Pflanzen schützen will.

Was die andere Vorlage betr. die Pachteinigungsämter angeht,so ist sie ebenfalls nur eine reine Formsache,der wir auch unbedenklich unsere Zustimmung geben können.

Ich möchte nun noch ganz kurz auf die Ausführungen des Herrn Gladel eingehen,der,wie er sich ausgedrückt hat,einige Fingerzeige geben wollte, wie der Landwirtschaft geholfen werden kann,wie die Produkte der Landwirtschaft in lohnenderer Weise auf den Markt gebracht werden sollen. Dieser Auffassung stimmen wir ebenfalls zu. Aber wenn die Landwirtschaft ihre Produkte in lohnenderer Weise als bisher auf den Markt gebracht haben will,dann ist es unbedingt erforderlich,daß auf der anderen Seite die Kaufkraft der Verbraucher erhöht wird. Denn ohne Erhöhung der Kaufkraft der Verbraucher können die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht gut in lohnenderer Weise auf den Markt gebracht werden. Dazu ist notwendig,daß in erster Linie der Lohn des Industriearbeiters erhöht wird, der in der Hauptsache als Verbraucher gegenüber der Landwirtschaft auftritt. Es ist aber auch notwendig,daß die Landwirtschaft selber mehr als in bisheriger Weise in den Stand gesetzt wird,selbst aufzutreten. Es müssen der Landwirtschaft auch die notwendigen Maschinen besorgt werden,die sie heute haben muß,um zunächst einmal die physische Kraft des Landwirts zu schonen und andererseits die Produktion durch diese Hilfsmittel zu erhöhen. Aber der Landwirt kann heute diese Maschinen nicht kaufen,weil,wie schon vorhin gesagt,der Landwirt nicht seine Produkte in lohnenderer Weise auf den Markt bringen kann,weil die Kaufkraft zu schwach ist. Deshalb muß in erster Linie die Kaufkraft des Verbrauchers erhöht werden,daß durch die erhöhte Kaufkraft des Verbrauchers auch wieder die Einnahmen der Landwirtschaft erhöht werden,damit die Landwirtschaft auch in die Lage versetzt wird, die notwendigen Maschinen zu kaufen,um auf der anderen

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4 I

anderen Seite durch Kauf der Maschinen auch wieder die Industrie in den Stand zu setzen, die vielen Erwerbslosen unterzubringen. Durch den Mehrverbrauch von Maschinen ist auch gleichzeitig eine erhöhte Arbeitsmöglichkeit wieder geschaffen. Aber heute ist es so, daß es dem Landwirt genau so geht, wie dem Arbeiterkind zu Weihnachten. Das Arbeiterkind zu Weihnachten wandert zu den Schaufenstern hin und besieht sich die schönen Christgeschenke. Den Landwirt schickt man auf die landwirtschaftlichen Ausstellungen, wo er sich die Maschinen ansehen kann; aber er kann sie leider Gottes nicht kaufen, weil er finanziell dazu nicht in der Lage ist. Also sorgen wir dafür, daß in erster Linie die Kaufkraft erhöht wird. Durch die Erhöhung der Kaufkraft wird mehr getan, als wenn Sie mit kleinen Lappalien kommen und sagen, das ist schuld und jenes ist schuld. Schuld an der schlechten Lage der Landwirtschaft ist, daß die Kaufkraft des Volkes im allgemeinen gegenüber der Vorkriegszeit gesunken ist, daß die Verbraucher nicht mehr in der Lage sind, den Landwirten die Produkte so zu bezahlen, wie es im Interesse der Landwirtschaft notwendig wäre. Ich glaube, durch diese kurzen Ausführungen Ihnen einen kleinen Fingerzeig gegeben zu haben, damit Sie sehen, wie in allererster Linie der Landwirtschaft und damit gleichzeitig auch der Arbeiterschaft geholfen werden kann.

(Bravo-Rufe der Sozialdemokraten!)

Vorsitzender:

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr.Köchling!

Abg.Dr.Köchling (DSV): Meine Herren! Wir stimmen den drei Vorlagen zu. Was die Lage der Landwirtschaft anbelangt,so haben wir uns schon mehrfach damit beschäftigt und eine ganze Reihe von Anträgen an die Regierungskommission gerichtet. Wir wollen nicht den Wunderdoktor spielen und die Frage klären, wie der Landwirtschaft in der ganzen Welt geholfen werden könne - das war es - was der Vorredner gesagt hat-,sondern hier handelt es sich darum,wie ist speziell der Landwirtschaft des Saargebietes zu helfen. Die Aufgabe ist nicht ganz einfach. Sie ist hier besonders deshalb kompliziert,weil der ganze landwirtschaftliche Unterbau bei uns durch die ungeheuere Parzellierung zerstört ist. Diese Parzellierung kommt zum größten Teil von der merkwürdigen Neigung unserer Bauern,jedem Kind einen Teil des vorhandenen Grundbesitzes zu vererben. Wenn der Bauer also 5 Kinder hat und 5 Grundstücke,so bekommt oft genug jedes Kind ein Fünftel eines jeden Grundstücks. Daß das vernichtend für die ganze bäuerliche Wirtschaft sein muß,ist verständlich. Wenn man bei uns durch das Land fährt,sieht man, daß diese Vernichtung der bäuerlichen Wirtschaft bis weit in die landwirtschaftlichen Teile des nördlichen Saargebietes hineinreicht.

Eine der wichtigsten Grundlagen zur Verbesserung der bäuerlichen Wirtschaft bei uns - sowohl im preußischen wie im pfälzischen Teil des Saargebietes- ist - m.E. eine vernünftige Zusammenlegung des Grundbesitzes. Diese Zusammenlegung wurde in dem übrigen Teil der Rheinprovinz in einem außerordentlich großen Maße und mit sehr großem Erfolg durchgeführt. Ich weiß,daß die Zusammenlegung im Aachener Gebiet ganz außergewöhnlich erfolgreich gewesen ist und der Landwirtschaft dort jedenfalls eine ganz erhebliche Verbesserung ihrer Lage gebracht hat. Ich möchte an den Herrn Staatskommissar die Frage richten,ob die Regierungskommission die Anträge,die sie von uns bekommen hat, einfach in den Papierkorb geworfen hat oder ob sie die Absicht hat,diesen Fragen näher zu treten.

Eine zweite Möglichkeit,wie unserer Landwirtschaft geholfen werden oder wie eine Verbesserung der Lage der Landwirtschaft herbeigeführt werden kann,sehe ich in der Hebung der Viehzucht, die aber nur wieder denkbar ist,wenn für den Absatz der Milch in geeigneter Weise gesorgt wird. Das setzt wiederum voraus: Schaffung von Molkereien, die es hier im Saargebiet fast nicht gibt.

(Lärm und laute Rufe von der Straße her vernehmbar.)

Zuruf

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8

A4 1

(Zuruf des Abg.Weiß(KP): Die wollen Brot haben,Herr Röchling)

Ich kann ihnen keins geben, ich habe keines hier! Bezüglich der Molkereien ist bei uns im Saargebiet noch sehr viel zu tun. Ich wünsche, daß auf diesem Gebiet etwas geschieht,das den Bauern ermöglicht, mit größerem Nutzen das Vieh zu halten wie bisher. Ich stelle diese Vorschläge der Regierungskommission zur Erwägung anheim.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Ich möchte nur bemerken, daß mir von den erwähnten Anträgen über Zusammenlegung nichts bekannt ist. Es mag sein, daß derartige Anträge früher gestellt worden sind. Jedenfalls ist es aber nicht geschehen,seit ich mein Amt ausübe. Ich werde mich nach diesen Anträgen erkundigen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Backes!

Abg.Backes (Chr.SP): Meine Partei stimmt den drei Vorlagen zu, ebenfalls den Wünschen und dem Antrage der Zentrumspartei betr. der Landwirtschaft. Ich bin auch der Ansicht, daß damit der Landwirtschaft nicht allein geholfen ist. Es muß dort anderweitig gesorgt werden. Wenn man vielleicht glaubt, durch Zusammenlegung etwas zu erreichen, wie der Herr Röchling,das wird sich bei unseren Ortschaften nicht alles machen lassen. Richtig ist, daß durch die Inflation die Landwirtschaft schwer gelitten hat. Die Leute haben ihre Spargelder verloren, die sie sich im Kriege zusammengeschunden haben. Was sie durch die Inflation verloren haben,möchten sie auch gern wieder erhalten. In dem Antrag, den ich am 1.August eingebracht habe, und wo mir entgegengehalten wurde, der Antrag betr. Kriegs-und Inflationsgewinne müsse eingezogen werden, habe ich schon verlangt, daß die Leute zu ihrem Gelde kommen. Deshalb freue ich mich, und ich glaube, daß die Zentrumspartei immer bereit sein wird, wenn auch der Antrag damals schlecht begründet war. Ich möchte ausführen, daß sich gerade durch die Kriegs-und Inflationsgewinne die Schieber und Wucherer bereichert haben, und wenn ein armer Teufel darunter ist, für den sind harte Klauseln vorgesehen. Aber ich kann nicht einsehen,weshalb einer sein ganzes Vermögen verlieren soll und ein anderer soll in dieser Zeit mühelos ein großes Vermögen erwerben. Es ist sehr leicht zu machen. Wir haben unsere Gerichte und unsere Finanzämter. Es wird schon festzustellen sein, was der ein oder andere früher bezahlt hat und was er jetzt für Steuern bezahlt. In einem Rechtsstaat darf es nicht zugehen, daß einer geschädigt wird durch den Krieg, daß der eine sein ganzes Gut verliert und der andere sich große Gewinne verschafft. Deshalb möchte ich die Regierung wieder bei dieser Gelegenheit daran erinnern, uns alsbald eine solche Vorlage vorzulegen. Wir werden schon darüber beraten.

Vorsitzender: Ich stelle fest, daß die drei Vorlagen einstimmig angenommen worden sind.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4 I

Wir kommen nun zu den Punkten 7, 8 und 9 der Tagesordnung, die zusammen beraten werden. Diese Punkte betreffen:

7) Vornahme einer Wohnungszählung im Saargebiet im Jahre 1929;

8) Gebühren der Gerichtsvollzieher;

9) Abänderung der Ruhegehaltsbestimmungen.

Ich erteile hierzu dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Heckler das Wort!

Abg.Heckler(KP): Meine Herren! Die Vorlage betr. Vornahme einer Wohnungszählung im Saargebiet im Jahre 1929 wurde in der Kommissionssitzung am 4.Januar ds.Js. beraten. Die Kommission hat der Vorlage ohne Bedenken zugestimmt.

Zu der Grundstücksliste stellte Abg.Schmoll den Antrag, eine Rubrik einzusetzen, welche lautet: „Hat der Hauseigentümer einen Neubau in Angriff genommen?"
Ferner eine Position 3 einzusetzen: „Verzeichnis der im Bau befindlichen Gebäude " sonst wie Pos.2.

Die Vorlage betr. Gebühren der Gerichtsvollzieher hat den Zweck, die Gleichstellung der Gebühren der Gerichtsvollzieher in Amts-und Landgerichtsbezirken vorzunehmen. Sämtliche Parteien behielten sich hierzu ihre Stellungnahme bis zum Plenum vor.

Die Vorlage betr. Abänderung der Ruhegehaltsbestimmungen wurde ebenfalls beraten; doch wurde bemängelt, daß dieser keine Begründung beigegeben war. Mittlerweile ist die Begründung eingegangen. Die Kommission kam zu der Übereinstimmung, sich die Stellungnahme bis zum Plenum vorzubehalten.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg.Schmelzer (DSV): Ich möchte an den Herrn Staatskommissar die Frage richten, wann wir von der Regierungskommission eine Vorlage betr. das Wohnungswesen bekommen? Die Regierungskommission hat die Verordnung um 1/2 Jahr verlängert. Es wird höchste Zeit, daß uns die Vorlage zugeht, damit nicht eine weitere Verlängerung der bisherigen Verordnung notwendig wird.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Heckler!

Abg.Heckler(KP): Meine Herren! Bei der ersten Vorlage ist es selbstverständlich, daß sie hier im Saargebiet durchgeführt wird. Wir wünschen ,daß dieses Material aus der Wohnungszählung zum Vorschein kommt, daß es kontrollierbar ist und dem Landesrat bezw. den öffentlichen Dienststellen zugeht, damit man ein Bild davon bekommt, wie die Wohnungsfrage gelagert ist.
Zu der zweiten Vorlage betr. Gebühren der Gerichtsvollzieher. Diese Vorlage lehnen wir als kommunistische Fraktion ab. Wir haben seinerzeit bei der Beratung

schon

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4 I

32

schon dieses Gesetz abgelehnt und zwar unter folgender Begründung:

Der heute bestehende Staat erfaßt die gesamten Einwohner seines Landes, besonders aber die Arbeiterschaft durch rigorose Steuermaßnahmen und wir sind nicht der Meinung, daß wir dem Staat die Mittel bewilligen sollen, um diese Steuern einzuziehen. Wir als Fraktion lehnen es ab, irgendwie Mittel zu bewilligen, damit die Gerichtsvollzieher besser gestellt werden sollen, wie bisher.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Daub!

Abg.Daub (KP): Meine Herren! Zu der Vorlage betreffend Abänderung der Ruhegehaltsbestimmungen möchten wir die Regierungskommission ersuchen, uns Material zuzustellen, wieviel solcher Fälle im Saargebiet vorhanden sind. Nach unserem Wissen gibt es im Saargebiet eine ganze Reihe von Personen, die, aus dem Militärdienst entlassen, von Deutschland als Militärpensionäre eine sehr große Pension beziehen, die 800 bis 900 Rm. beträgt und außerdem noch von der Regierungskommission ihre Gehaltsbezüge erhalten.

Wir verlangen, daß uns die Regierungskommission mitteilt, wieviel solcher Fälle vorhanden sind. Wir verlangen, daß diese Leute, die eine ausreichende Pension bekommen, zu entlassen sind, um andren Leuten, die es notwendiger haben, Platz zu machen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Auf die Anfrage des Herrn Schmelzer muß ich erwidern, daß mir von einem Verordnungsentwurf über das Wohnungswesen nichts bekannt ist. Ich nahm an, daß die Wohnungszählung erst die Grundlage zu einer solchen Verordnung schaffen sollte.

(Zuruf des Abg.Schmelzer: Ich möchte Sie bitten, daß Sie in der nächsten Sitzung meine Anfrage beantworten werden.)

Vorsitzender: Meine Herren! Damit ist die Aussprache erschöpft. Die 3 Vorlagen sind begutachtend erledigt.

Ich habe Ihnen noch bekannt zu geben, daß die Tagesordnung noch eine Erweiterung erfahren hat durch eine Vorlage betreffend die Aufhebung der Bestimmung über Gemeindeversammlungen. Ich schlage vor, die Vorlage in die Verwaltungskommission zu überweisen.

Ich schlage ferner vor, den in den nächsten Tagen zu erwartenden Verordnungsentwurf über die Vermögens-und Einkommenbesteuerung in die 3.und 7. Kommission zu verweisen, um die Arbeit nicht aufzuhalten.

Damit ist die eigentliche Tagesordnung erschöpft. Wir haben nun noch den kommunistischen Antrag zum Strafvollzug.

Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Weiß.

Abg.Weiß

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8

A4

Abg. Weiß(KP): Meine Herren! Wir beantragen, daß außerhalb der Tagesordnung die Frage der Erwerbslosen im Saargebiet besprochen wird. Die dringende Notwendigkeit muß letzten Endes auch der Landesrat anerkennen. Und wenn Herr Röchling vorhin gerufen hat, er habe kein Brot da, so zeigt das, inwieweit er versucht, die Arbeiterschaft

(Zuruf des Abg.Kiefer: Das gehört nicht zur Geschäftsordnung !)

(Zuruf des Abg.Reinhard: Wenn man von der Not der Arbeiter spricht, gehört es wohl zur Geschäftsordnung.)

(Zuruf des Abg.Kiefer: Ihr Brüder mit Eurem Theater, macht doch nicht so, als ob Ihr etwas für die Arbeiter übrig hättet.)

- Große Unruhe und Rufe -

- Glocke des Vorsitzenden-

Vorsitzender: Die Sitzung ist für 10 Minuten unterbrochen. Ich bitte die Fraktionsführer sich ins Beratungszimmer zu begeben zwecks Besprechung.

- P a u s e -

Vorsitzender: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Weiß!

Abg.Weiß!

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8

A4

Abg. Weiß (KP): Meine Herren! Ich habe bereits vorhin beantragt, daß außerhalb der Tagesordnung auch die Frage der Erwerbslosenfürsorge behandelt werden soll. Wir haben bereits gesehen und gehört, daß die Polizei die Erwerbslosen, die vor dem Rathause demonstrierten, auseinander gejagt hat.

Die Kommunistische Partei hat in der letzten Plenarsitzung erneut einen Antrag auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 50 % eingereicht. Die Regierungskommission hat es nicht für notwendig erachtet, darauf zu antworten noch dem Antrag Rechnung zu tragen. Wir beantragen aber, daß der Herr Staatskommissar Auskunft darüber gibt, inwieweit die Regierungskommission gewillt ist, dem Antrag Rechnung zu tragen. Gleichzeitig beantragen wir darüber hinaus, daß die Frage der Erwerbslosen im Saargebiet jetzt behandelt wird.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer!

Abg.Kiefer (Z): In der Fraktionsführerbesprechung ist zur Vorlage beschlossen worden, daß eine allgemeine Aussprache stattfinden soll, da es praktisch nicht möglich war, die Erwerbslosenfürsorge heute auf die Tagesordnung zu setzen, weil der Entwurf noch nicht endgültig von der Kommission begutachtet war. Es ist den Kommunisten eingeräumt worden, und auch den übrigen Parteien, im Rahmen der allgemeinen Aussprache zur Erwerbslosenfrage Stellung zu nehmen. Ich beantrage deshalb, daß jetzt, wie in der Fraktionsführersitzung beschlossen, die allgemeine Aussprache beginnt und in ihrem Rahmen die Erwerbslosenfrage mitbehandelt wird. Dann haben wir zwei Fliegen mit einem Lappen geschlagen und kommen den Kommunisten entgegen. Die ganze Debatte wäre unnötig gewesen, wenn Herr Weiß von seinem Fraktionsvorsitzenden Reinhard ins Bild gesetzt worden wäre über das, was wir in der letzten Fraktionsführerbesprechung beschlossen haben.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Weiß!

Abg.Weiß(KP): Ich muß das entschieden zurückweisen. Ich habe mich vorhin zur Geschäftsordnung gemeldet außerhalb der Tagesordnung. Ich habe das Wort genommen, und Sie vom Zentrum haben mich niedergeschlagen. Sie haben dadurch bewiesen, wie Sie diesen Punkt behandelt haben wollen.

Vorsitzender: Ich glaube, die Mehrheit wird für den Antrag des Herrn Kiefer sein.
Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg.Schmelzer(DSV): Ich möchte den Herrn Staatskommissar bitten, sich nicht auf das Gebiet begeben zu wollen, das er angedeutet hat. Wir wissen ganz genau, daß die Geschäftsordnung, die uns gegeben ist, eigentlich nicht zuläßt, daß wir zu Gegenständen außerhalb der Tagesordnung sprechen. Aber sogar Herr Rault, der unser Freund gewiß nicht war, hat uns zugestanden, daß sich eine Vertretung

gewisse

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4 1

gewisse Gewohnheitsrechte erwirbt, nach denen bisher verfahren wurde. Wir haben uns das Gewohnheitsrecht erworben, auch zu Gegenständen zu sprechen, die nicht auf der Tagesordnung stehen, die die Regierung im Verein mit dem Präsidium nicht auf die Tagesordnung gesetzt hat. Ich glaube, Herr Staatskommissar, Sie werden gut daran tun, wenn Sie nicht versuchen, uns dieses Gewohnheitsrecht streitig zu machen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Ich wollte Ihnen dieses Gewohnheitsrecht nicht streitig machen, sondern wollte nur sagen, daß ich zu Fragen, die nicht auf die Tagesordnung gesetzt sind, keine Stellung nehmen kann, weil ich ja nicht weiß, was die Regierung in diesen Fällen zu tun gedenkt.

Vorsitzender: Wer dafür ist, daß im Sinne des Antrages Kiefer die Aussprache über die Erwerbslosen mit der allgemeinen Aussprache verbunden wird, wolle die Hand erheben.
Ich stelle fest, daß der Antrag des Herrn Kiefer einstimmig angenommen ist.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg. Reinhard (KP): Ich stelle fest, daß die Fragen, die der Herr Abgeordnete Hey hier zur Verhandlung bringen will, schon in der letzten Plenarsitzung des Hauses beschlossen wurden; nicht, daß hier nachher diese Frage wieder abgewürgt wird.

Vorsitzender: Wir treten sodann in die

<u>allgemeine Aussprache</u>

ein. Das Wort hat Herr Abgeordneter Hirschmann!

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hirschmann!

Abg.Hirschmann(Z): Die gegenwärtige Lage im Bergbau zwingt uns zur Stellungnahme. Es scheint,als dürfe die Bergarbeiterschaft nie zur Ruhe kommen,immer kämpfen muß für das tägliche Brot und nur soviel Zugeständnisse erhält,daß sie gerade noch hinwegvegetieren kann. Steter Kampf ist unsere Losung in der Vergangenheit gewesen. Alle Anzeichen deuten darauf hin,daß es auch in der Zukunft so bleiben wird. Der Arbeiterschaft ist mehr denn je als einem anderen Stand eine Last aufgelegt,die kaum noch tragbar ist. Infolge des Kriegsausganges erhielten wir einen fremden Arbeitgeber. Eine Zeit lang schien es,als sei der Bergarbeiter bevorzugt. Aber wie liegen die Dinge jetzt in Wirklichkeit? Aus einem bevorzugten Stande sind wir mit an die letzte Stelle heute zurückgedrängt. Die Bergarbeiter als solche haben heute ein Einkommen,das von den meisten anderen Arbeitern bei weitem überflügelt wird. Trotzdem die Bergarbeiter in so schlechten Einkommensverhältnissen standen,haben sie in der Vergangenheit noch freiwillig Beiträge gezahlt dafür,daß ihre Pensionäre, Witwen und Waisen nur halbwegs ihr Leben fristen konnten. Wie es scheint,kann oder will man uns nicht verstehen.

Zur Zeit steht die Bergarbeiterschaft wieder in einem Lohnkampf. Die Bergwerksdirektion hat den Lohntarif gekündigt und uns einen neuen Lohntarif zudiktiert. Wir und unsere Vertreter,die Gewerkschaften,können das nicht gutheißen. Wir verlangen Gerechtigkeit und mehr soziales Verständnis. Wir wollen nicht die Hand dazu leihen,einen weiteren Keil in die Arbeiterschaft zu treiben,der dadurch entstehen müßte,demjenigen,der schon nach unseren Verhältnissen einen anständigen Lohn hat,das Vielfache von dem zu geben, was anderen Kollegen,die unglücklicherweise nicht den Lohn verdienen,der ihnen zusteht,vorenthalten werden soll. Wenn wir nun die gegenwärtige Lage im Saarbergbau richtig würdigen, dann kommen wir zu folgendem:

1) Die Bergwerksdirektion muß anerkennen,daß die Leistung wesentlich gestiegen ist. Von durchschnittlich 740 Kg im Jahre 1927 auf 834 kg im Oktober 1928.

2) Der Absatz ist ein guter gewesen,und ist zur Zeit ein guter,sodaß volle Beschäftigung möglich ist.

3) Die Löhne der Bergleute sind infolge der Schwierigkeiten im Jahre 1927 und im ersten Viertel 1928 abgebaut worden,und nachher nicht den Teuerungssteigerungen entsprechend erhöht worden.

4) Obschon die Voraussetzungen zu einer ausreichenden Lohnerhöhung gegeben sind,konnte die Bergwerksdirektion sich zu einer solchen nicht entschließen.

Wie ich schon ausgeführt habe,konnten die Bergarbeiterorganisationen dem Lohnangebot

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4 I

Lohnangebot der Bergwerksdirektion nicht zustimmen. Dieses sieht für die Gedingearbeiter, die bisher unter dem Durchschnittslohn verdienten, nur eine Lohnaufbesserung von 0,14 bis 0,91 Franken vor, während die Hauer, die über den Durchschnittslohn verdienten, eine oft mehr als zehnfache Erhöhung erhalten sollen, je nachdem ihr Lohn sich höher vom alten Durchschnittslohn entfernt. Außerdem sollen die Zeitlöhner, die bis 50 % der Belegschaft umfassen, ebenfalls nur 1 bis 1,20 Franken Lohnerhöhung erhalten, was keineswegs ausreichend erscheinen kann und auch nicht die Teuerungssteigerung ausgleicht und wett macht. Die Organisationen verlangten demgegenüber eine gerechte Verteilung der Lohnerhöhung. Daraufhin kündigte die Direktion den Lohntarif und diktierte einfach ihren Vorschlag als Lohnregelung. Hier ist ein Anschlag auf den Tarifgedanken zu erkennen. Sollen in der Wirtschaft Verhältnisse herrschen, die einigermaßen dem Arbeitsfrieden dienen, dann muß am Tarifgedanken festgehalten werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen das gemeinsame Verhältnis auch gemeinsam regeln. Das Mittel ist und bleibt der Tarifvertrag. In dem Worte: „Tarifvertrag" kommt zum Ausdruck, daß es sich um kein einseitiges Diktat handeln kann. Frei soll der Tarifvertrag zwischen den beteiligten Kontrahenten vereinbart werden. Ein einseitiges Diktieren schafft Ungerechtigkeit und ist auch entwürdigend. Darum mußten die Organisationen als Vertreter der Bergleute, als Verfechter des wahren Tarifgedankens und des echten Wirtschaftsfriedens das einseitige Lohndiktat der Bergwerksdirektion, die keinen vernünftigen Erwägungen zugänglich war, entschieden ablehnen. Der Tarifgedanke und das autonome Tarifrecht muß unter dem Schutze des Staates stehen. Hier besitzt die Regierungskommission die Staatsgewalt. Sie muß sich daher auch schützend vor den Tarifgedanken und das autonome Tarifrecht stellen. Was hat sie aber bisher getan? Den Bergleuten konnte nicht zugemutet werden, sich dem einseitigen Diktat der Grubenverwaltung, das sowohl wirtschaftliche wie politische Ziele verfolgt, zu beugen. Das Lohndiktat zerstört den im Bergbau so notwendigen Kameradschaftsgeist, vermehrt die Unfallgefahren und fördert das Antreibe- und Raubbausystem. Als Mittel blieb den Bergleuten nur übrig, zumal ein tarifloser Zustand durch die Schuld der Grubenverwaltung geschaffen war, gemäß den Bestimmungen der Arbeitsordnung zu arbeiten. Die Folgen sind bekannt. Die Förderung ist um 25 bis 40 % auf den einzelnen Inspektionen zurückgegangen. Die Grubenverwaltung kommt ihren Verpflichtungen im Saargebiet selbst schon nicht mehr ganz und voll nach. Kohlenbezug aus anderen Bergbaugebieten soll von den betroffenen Werken schon angeordnet worden sein. Die Regierungskommission sieht dieser Entwicklung tatenlos

zu.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8

A4 I

33

zu. Sonst versteht sie es, Entscheidungen zu treffen, die gegen den Volkswillen sind. Hier nimmt sie allzuviel Rücksicht auf den französischen Staat als Grubenbesitzer. Sie hat die Pflicht, die Bergleute und die übrige Bevölkerung des Saargebietes gegenüber Willkürmaßnahmen der französischen Grubenverwaltung zu schützen. Im Bergbau spitzen sich die Verhältnisse zu. Wie der Ausgang sein wird, wenn die Grubenverwaltung nicht der wirtschaftlichen Vernunft das Wort gibt, ist nicht vorauszusehen. Ein erbitterter Kampf wird dann entbrennen, der Schäden im Gefolge hat, die tiefe Wunden schlagen werden. Den Bergleuten kann wirklich nicht zugemutet werden, sich zu willenlosen Kreaturen einer fremden Macht degradieren zu lassen. Sie verteidigen nur ihr gutes Recht. Und da muß die Regierung eingreifen. Sie muß dahin arbeiten, daß bald ein Tarifvertrag zustande kommt, der eine gerechte Lohnregelung vorsieht. Diesen einfachen Forderungen darf sich die Regierung nicht verschließen, weil die Pflicht von ihr solches Handeln verlangt.

So richten wir denn von dieser Stelle aus die dringende Aufforderung an die Regierungskommission, unverzüglich alles zu unternehmen, was zum Schutze der natürlichen Rechte der Bergleute und zur Sicherung des Wirtschaftsfriedens im Bergbau notwendig ist. Unterläßt sie das, dann fällt auf sie die volle Verantwortung für all die Folgen, die sich aus den Willkürmaßnahmen der französischen Bergwerksdirektion entwickeln werden. Die Bergleute kämpfen für eine gerechte Sache, gegen Willkür, Unvernunft und Unklugheit. Auf ihrer Seite ist das Recht. Dieses Recht zu schützen und zu verteidigen, ist die Aufgabe der Regierungskommission.

Zu der weiteren Frage der Arbeitslosenversicherung wird mein Fraktionskollege Kiefer dann das Wort nehmen und dazu sprechen.

(Bravo-Rufe des Zentrums!)

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer !

Abg.Kiefer (Z): Meine Herren! Im Rahmen der allgemeinen Aussprache soll auch die Frage der Erwerbslosen mitbehandelt werden. Wie Sie wissen, hat uns die Regierungskommission vor einiger Zeit den Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitslosenfürsorge vorgelegt. Dieser Entwurf fußt angeblich auf einem Gutachten,das die Arbeitskammer vor bald zwei Jahren abgegeben hat und das auf alten Voraussetzungen beruht.Nachdem im Juli 1927 im Reiche das neue Gesetz betreffend Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingeführt wurde, haben sämtliche Parteien des Landesrates bei jeder Gelegenheit von der Regierungskommission die Einführung der Arbeitslosenversicherung verlangt. Auch in der Arbeitskammer wurde im November 1927 einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen der Zustand verlangt, der drüben im Reiche herrscht. Nachdem wir nun diesen veralteten Entwurf vorgelegt bekamen, mußten wir uns die Frage vorlegen, ob wir ihn beraten sollten oder nicht. Wir kamen zu dem Ergebnis, daß es zwecklose Arbeit sei im Interesse der ganzen Frage, nun veraltete Bestimmungen zu beraten. Um einer zwecklosen Arbeit zu entgehen, haben wir an die Regierungskommission das Ersuchen gerichtet, daß die beiden Staatskommissare für Sozialversicherung und wirtschaftliche Fragen die Kommission des Landesrates empfangen möchte, damit wir dort alle unsere Wünsche, die mit der Frage der Erwerbslosigkeit und der Arbeitslosenversicherung zusammenhängen,vortragen könnten und damit die Regierungskommissare sich äußern könnten,wie sie zu der Frage stehen. Diese Aussprache wurde auf heute Nachmittag 4 Uhr festgesetzt. Die heutige Landesratssitzung sollte deshalb erst am Dienstag, also morgen stattfinden. Sie ist jedoch mit Rücksicht darauf, daß die Kommunistische Fraktion morgen verhindert ist, auf heute verlegt worden. Weil sie aber auf heute verlegt worden ist und die erwähnte Aussprache mit den beiden Regierungskommissaren erst heute Nachmittag stattfindet, konnte die Frage der Erwerbslosenfürsorge nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden, da uns die Meinung der Regierung noch nicht bekannt ist. Das ist der tatsächliche Hergang und der Grund, warum heute zu der Erwerbslosenfrage nur im Rahmen der allgemeinen Aussprache gesprochen werden soll. Es war keinem eingefallen, die Aussprache über die Erwerbslosenfragen heute zu verhindern.Daß das Erwerbslosen-und Arbeitslosenversicherungsproblem ein dringendes ist, das weiß jeder, der Verantwortung zu tragen hat und auch bereit ist, diese Verantwortung in der rechten Weise zu tragen.

Das Problem der Erwerbslosen ist nicht nur bei uns brennend, sondern überall, wo wir hinschauen. Deutschland zählt 1 1/2 Millionen Arbeitslose,desgleichen England. In Rußland sind es beinahe 2 Millionen; Polen hat nahezu eine halbe Million. Kurz,wo wir auch hinschauen,ist dieses Problem der Arbeitslosigkeit eines der brennendsten für alle Staaten, Parlamente und Regierungen. Auch hier im Saargebiet hat sich seit Oktober 1928 die Zahl der Arbeitslosen vermehrt. Der dürfte kein Herz im Leibe haben, der den Menschen, die unverschuldet arbeitslos wurden, nicht tiefstes Mitgefühl entgegenbrächte und alles versuchte,den

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Brot und Erwerb zu geben. Es kommt darauf an, daß man das in der rechten Weise tut zum Vorteil der Menschen, die davon betroffen sind. Im Saargebiet ist nun aber die Situation die: Gegen unseren Willen wurden wir aus dem Deutschen Reiche herausgerissen und sind aller Rechte bar geworden. Die Staatsgewalt geht hier nicht vom Volke aus, sondern sie liegt bei der Fünf-Männerregierung. Wenn es nach unserem Willen ginge, wenn wir hier die Gesetze zu machen hätten,das wissen Sie auch,daß es uns dann besser ginge und daß dann manches besser wäre auf dem Gebiete der Sozialversicherung,wovon ein wichtiges Teilgebiet die Erwerbslosenfürsorge bildet. Wir haben von jeher bei jeder Gelegenheit das Notwendige gesagt. Wäre es verwirklicht und unser Wille durchgeführt worden, dann wäre manches besser geworden. Und heute Nachmittag bei der Aussprache werden wir wiederum das alles sagen, was wir für notwendig halten und das auch praktisch durchgeführt werden kann im Rahmen der Gesamtwirtschaft und im Rahmen der Steuereinkommen hier im Saargebiet. Bei dieser Gelegenheit werden wir die Regierungskommission erneut auf den Ernst der Situation hinweisen, daß sie die Staatsgewalt verkörpert und daß sie die volle Verantwortung trägt. Wenn heute morgen die Erwerbslosen hierher gekommen sind und die Polizei gegen sie vorgegangen ist, dann trägt nur die Regierungskommission die Schuld an diesen Vorkommnissen. Die Erwerbslosen werden wissen, daß wir hier als Landesrat nicht imstande sind, ihre Lage zu meistern und zu verbessern. Denn könnten wir das, wie gerne täten wir es. Wir können es nicht, wir können nur immer wieder die Regierung ersuchen,alles zu tun, was geeignet ist, die Lage der Erwerbslosen zu bessern. Wir werden aber die Regierungskommission nochmals eindringlichst ermahnen und von ihr fordern, daß sie wirklich unserem Willen,den wir bei den verschiedensten Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht haben, praktisch Rechnung trägt.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg.Reinhard (KP): Meine Herren! Die Sprecher des Zentrums haben heute wieder merkwürdig radikale Reden gehalten. Die letzten Äußerungen des Herrn Abgeordneten Kiefer veranlassen uns, im Anschluß an die Aussprache hier einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung einzubringen. Der Herr Abgeordnete Kiefer hat nämlich hier von einem Diktat des FünfMännerkollegiums gesprochen. Ich glaube, wenn man mit der Politik und dem Geschäften dieses Fünfmännerkollegiums nicht einverstanden ist, muß man aber auch konsequent sein und zum Ausdruck bringen,daß man ihnen Mißtrauen entgegenbringt. Bisher haben die bürgerlichen Parteien das abgelehnt und diesbezügliche Anträge von uns zurückgewiesen. Ich glaube, es ist auch notwendig, daß man hier speziell darauf hinweist, daß gerade im Saargebiet unter der Aera der Regierungskommission die Bäume des Zentrums immer höher in den Himmel wachsen. Es ist nicht so, als wenn die hergelaufenen Elemente allein schuld wären, sondern es sind die Leute der Zentrumspartei, die in der Regierung sitzen, es ist speziell Herr Koßmann, der verantwortlich ist in der Frage der Volkswohlfahrt, der verantwortliche Referent in der Frage der Erwerbslosen. Was diese Fragen anbetrifft, so wird mein Parteifreund Weiß dazu Stellung nehmen.

Zur Frage der Bergarbeiterschaft im Saargebiet ist allgemein folgendes zu sagen: Es wird so dargestellt vom Sprecher des Zentrums, als wenn gerade die Bergarbeiter an der Saar speziell schlecht stünden,viel schlechter wie die Bergarbeiter in Deutschland und in England. Man vergißt bewußt, zu sagen, daß die schlechten Verhältnisse in der Bergarbeiterschaft an der Saar nur zurückzuführen sind auf die Politik der Zentrumsgewerkschaftsführer und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Wie war es in den verflossenen Jahren an der Ruhr, in England und in Frankreich? In Deutschland sind die schlechten Verhältnisse nicht auf die Politik dieser Gewerkschaftsführer zurückzuführen, die sich sogar dazu hergegeben haben, die Arbeit der deutschen Bergarbeiter eine Stunde zu verlängern. Man vergißt darauf hinzuweisen, daß man die Rationalisierungsbestrebungen im deutschen Bergbau unterstützt hat, daß man mithalf die Durchführung der Leistung immer mehr zu steigern, daß man mithalf, den deutschen Bergmann zum Schmutzkonkurrenten zu machen auf dem Kohlenmarkt und daß die logische Schlußfolgerung der Kampf gegen- die Saarbergarbeiter war. Herr Röchling hat das nicht vergessen.Er hat auf der Tagung der deutschen Wirtschaftsredakteure zahlenmäßig belegt, daß der Lohnanteil an der Ruhr nicht so hoch sei, wie an der Saar.

(Zuruf des Abg.Röchling: Das ist nicht wahr!)

Dann revidieren Sie doch Ihre Ausführungen in der Saarbrücker Zeitung, was schwarz auf weiß steht, das kann man nicht ableugnen. Sie haben doch festgelegt, daß der Lohnanteil der Ruhrarbeiter geringer ist, wie der Lohnanteil der Saar-Bergarbeiter.

(Zuruf des Abg.Röchling: Stimmt nicht !)

Ich

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

Abg.Dr. Röchling(DSV): ich habe folgendes gesagt: "Wenn man im Saargebiet den gleichen Lohn zahlt wie im Ruhrgebiet, so ist der Erfolg der, daß der Lohnanteil an der Ruhr erheblich kleiner ist,als an der Saar. Wenn man aber den Lohn zu Grunde legt, der heute an der Saar gezahlt wird und den Lohnanteil zu Grunde legt, der heute an der Ruhr ist, so kommt man auf denselben Lohnanteil.

Abg.Reinhard (KP)fortfahrend: Also Herr Röchling hat zugesagt, daß die deutschen Bergarbeiter zur Zeit noch mehr ausgebeutet werden wie die Saar-Bergarbeiter.

(Zuruf des Abg.Röchling: Auch dies habe ich nicht gesagt. Das stimmt nicht.)

Was Sie in der Saarbrücker Zeitung geschrieben haben, das kann man hier im Landesrat nicht wegdisputieren.

(Zuruf des Abg.Röchling: Sie verstehen es bloß nicht !)

Er hat nachweisen wollen, daß die Rationalisierung im Saargebiet noch nicht weit genug fortgeschritten ist. Er hat zum Ausdruck bringen wollen, was sein Kollege ja gesagt hat, daß bei der Schwerindustrie an der Saar zurzeit deshalb so schwierige Verhältnisse seien,weil der Lohnanteil zu hoch sei. Er hat praktisch für die Schwerindustrie dasselbe gesagt, was Herr Röchling für die Bergarbeiter gesagt hat.

Als in Deutschland die Arbeitszeit für die Bergarbeiter verlängert wurde, da waren es die Gewerkschaftsführer, die heute hier an der Saar angeblich versuchen, gegen die Bergwerksdirektion zu kämpfen und die Niederlage der Bergarbeiter herbeiführen halfen. Ich habe hier die Landeszeitung vorliegen und zweifellos ist der Bergarbeiter Artikel von gestern und heute inszeniert worden von dieser Seite. Da wird gesagt: Die Verhältnisse stehen heute so im Bergbau, daß der passive Widerstand in einzelnen Gebieten nur so durchgeführt wird, wie es gefordert wurde. Wenn man schreibt daß der sogenannte Saar-Bergarbeiter-Verband durch die Schuld der Kommunisten nun erneut wieder beginnt zu marschieren, dann ist das Schwindel. Er ist deshalb gewachsen, weil man die besten oppositionellen Gewerkschafter mit Duldung der Gewerkschaftsbürokratie gemaßregelt hat.

(Zwischenruf: Sehr richtig!)

Wenn man 30 beste Gewerkschaftsarbeiter maßregeln läßt, ohne auch nur das Geringste dagegen zu tun, dann hat man sein Recht, sich zu beschweren über die Bergwerksverwaltung.

(Zuruf des Abg.Petri: An Lothringen denkst Du nicht mehr !)

Wir können auch von Lothringen sprechen, wenn wir die Debatte bis heute abend hinausziehen wollen. Wir sind

<u>gerne</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

gerne bereit, auch darüber Rede und Antwort zu stehen.

Meine Herren! Was will man mit diesen Zwischenrufen von dieser Seite. Man will die Haltung der Bergwerksdirektion decken, die wenn sie so weitergeht, zur Niederlage wird, und die will man noch beschleunigen. Die Tatsache des Saarbundes besteht und sie ist vorhanden und wenn man sie hinwegleugnen will, dann treibt man Vogel-Strauß-Politik. Die Bergwerksverwaltung weiß, warum sie zur Zeit noch nichts gegen den passiven Widerstand tut. Sie weiß, daß die Bergarbeiter schwanken, sie weiß, daß Elemente da sind, die auf den Leim der Bergwerksdirektion hinaufzukriechen versuchen. Ich behaupte, daß dieselben Verhältnisse in den Saarbetrieben bei den deutschen Unternehmern vorhanden sind. Es kann dort keiner Arbeit bekommen, der nicht nach seiner politischen Einstellung hin untersucht wird, nur daß dort der Arbeiter Mitglied der Deutsch-Saarländischen Volkspartei sein muß.

(Zuruf des Abg.Röchling: Nein, ich verzichte dann auf die Freunde des Herrn Reinhard.)

Also hier wird es ja bestätigt. Herr Röchling stellt nur Leute ein, die auf der politischen Linie des Herrn Röchling stehen. Es besteht kein Unterschied zwischen deutschen Unternehmern und der Grubenverwaltung, sie haben gemeinsame Interessen, sie stehen gemeinsam auf der Seitete des Kapitalismus. Etwas anderes ist unmöglich. Sie müssen gemeinsam gegen die Arbeiter ankämpfen.

In Genf wurde die Hohe Regierungskommission erneut gewählt und zwar einstimmig, also gewählt mit der Stimme des deutschen Vertreters im Völkerbundsrat. Die Regierungskommission genießt demnach auch das Vertrauen der deutschen Koalitionsregierung. Die Minister haben in Genf, trotz der trüben Notlage der Erwerbstätigen an der Saar, eine Erhöhung ihrer Bezüge erhalten, die unerhört ist, aber es wurde von keiner Seite ein Wort der Kritik gegen die Bewilligung gesagt. Beschwindeln Sie die Arbeiter des Saargebietes nicht immer, als seinen Sie gegen die Regierungskommission. Alle diese Maßnahmen sind durchgeführt worden durch einstimmigen Beschluß, also auch mit Einwilligung der deutschen Regierungsvertreter. Deshalb haben Sie sich auch nicht gewagt, etwas über den Raubzug auf die Taschen der Arbeiter zu sagen. Sie stellen sich gleichzeitig hierher und bewilligen die Zuckersteuer, die Millionen und Millionen aus der Arbeiterschaft herauspressen soll. Sie haben gut bewilligen und Herr Röchling hat gut zuzustimmen, er weiß, daß die Industriellen nicht erfaßt werden. Ein bezeichnendes Zeichen. Was soll das heißen, wenn Sie herkommen und sagen, wir stimmen der Vorlage zu, weil es deutsche Gesetze sind. Soll das heißen, daß in Deutschland Gesetze gemacht werden für die Arbeiterschaft. Wir wissen, daß auch dort die Belastung der Werktätigen 150 % beträgt. Herr Hoffmann hat gesagt, ja, wir müssen in Deutschland viel mehr Lasten aufbringen. Meine Herren Sozialdemokraten, ist eine Arbeiterpartei dazu da, in Deutschland die Reparationslasten aus den Werktätigen herauszuziehen?

Hat

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4 I

Hat eine solche Partei das Recht, sich als Vertreterin der Arbeiter zu proklamieren, wenn sie in die Regierung eintritt und mit Poincaré ein Abkommen abschließen will, um die Reparationen zu verwirklichen?

Nun zur Lage der Saarbergarbeiter! Es sind zwei Jahre her, als die Rationalisierung einsetzte, um die Löhne zu reduzieren und die Leute auf die Straße zu werfen. Herr Röchling hat den Stein des Anstoßes dazu gegeben. Er wollte den Achtstundentag beseitigen und die Löhne um 25 % herabsetzen; er sagte damals, ich kann nicht mehr existieren wenn nicht der Lohn abgebaut und die Arbeitszeit erhöht wird.

(Zuruf des Abg.Röchling: Das ist ja nicht wahr!)

Das ist alles nicht mehr wahr, was Sie gesagt haben. Die Arbeiter haben das aber nicht vergessen.

Meine Herren! Ich will auf einen bezeichnenden Vorgang hinweisen. Damals hat die Regierungskommission merkwürdigerweise die Erwerbslosen-Unterstützungssätze um 100 % erhöht und den ausgesperrten Röchlingarbeitern Arbeit vermittelt. Das kam daher, weil damals das Abkommen noch nicht abgeschlossen war und man in der Frage der gemeinsamen Ausbeutung der Arbeiter noch nicht so einig war wie heute.

(Zuruf des Abg.Röchling: Damals hat Rault alles gegen mich tun wollen !)

Herr Röchling, wir sind keine Kinder und untersuchen die Tatsachen so, wie sie waren. In dieser Zeit, als Ihre Gegensätze noch nicht so überbrückt waren, hat auch die deutsche Regierung die Bergarbeiter an der Saar unterstützt. Heute wird sie sie nicht mehr unterstützen,weil die Kapitalisten einig geworden sind, um die Reichtümer des Saargebietes ausbeuten zu können.

(Lachen)

Wenn Sie auch darüber lachen, wir sind informiert über die Verhandlungen, die hinter verschlossenen Türen gepflogen wurden und nicht umsonst schreibt die französische Presse, daß sie einig geworden ist über die Ausbeutung des Warndt.

(Zuruf: Bleiben Sie doch sachlich!)

Wir untersuchen die Sache stets sachlich.

(Zuruf des Abg.Röchling: Wie es Ihnen gefällt!)

Sie sind als Vertreter der kapitalistischen Klasse genau so ein Feind der Arbeiter wie de Wendel. Damals als Sie noch nicht so miteinander verschwägert waren, wurden die Arbeiter unterstützt, einmal von französischer, ein andermal von deutscher Seite. Das ist der Kampf um die Vorherrschaft, genau wie im Kriege, als Sie uns in den Schützengraben gesandt haben, um Ihre Interessen zu schützen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

schützen. Ich stelle dazu fest, daß vor zwei Jahren, als die Rationalisierung einsetzte, auch deutsche Unternehmer mit der französischen Bergwerksverwaltung unter einer Decke steckten. Mit der leeren Kritik ist aber nichts getan. Wir haben damals gesagt, es steht die Frage zwischen Kapital und Arbeit und als die Arbeiter demonstrierten, hat die Regierungskommission die verfluchten Kommunisten eingesperrt und auseinanderschlagen lassen, anstatt den Arbeitern Brot und Arbeit zu geben. Meine Herren! Seit dieser Zeit ist die Ausbeutung der Arbeiter an der Saar dauernd verschärft worden und trotz Verringerung der Arbeitszeit ist die Leistung pro Kopf und Tag höher wie vor dem Kriege. Trotzdem wird immer von Seiten des Unternehmertums versucht, die Dinge noch weiter zu treiben. Wo liegen nun die Ursachen ? Herr Kiefer hat gejammert und gesagt: ja, überall besteht das Problem der Erwerbslosigkeit.

(Zuruf des Abg.Kiefer: Natürlich!)

Ich sage Ihnen, daß die Ursachen in dem Widersinn des kapitalistischen Systems liegen.

Ich habe vorhin die Frage der Reparationen angeführt. Überlegen Sie doch,wenn heute feststeht aus statistischem Material, daß zum erstenmal in Deutschland der Export den Import übersteigt, so war das nur möglich, weil man das Lohnniveau der deutschen Arbeiterklasse unter das Lohnniveau der Arbeiter anderer Länder herabgedrückt hat.

(Zuruf des Abg.Schmelzer: Reden Sie doch kein dummes Zeug, ich werde Ihnen nachher beweisen,was Trotzki geschrieben hat.)

Wir können feststellen, daß auf Grund dieser Maßnahmen im Saargebiet 15 000 Bergarbeiter entlassen wurden, und auf der anderen Seite steht fest, daß trotz dieser Entlassung in den letzten 2 oder 3 Monaten des vergangenen Jahres die Produktion höher ist als vor einem Jahre,als diese 15 000 Bergarbeiter noch im Betriebe drin standen. Wir können feststellen, daß in diesem Jahre die Konjunktur im Bergbau sich derart entwickelt hat, daß fast die gesamten Haldenbestände abgefahren sind. Wir können feststellen, daß in dem letzten Jahre eine Lohnbewegung der Bergarbeiter stattfand, die damit endete, daß die Regierungskommission, die Unternehmerpresse des Saargebietes und die bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie feststellten: die Bergwerksdirektion ist außerstande, eine Lohnerhöhung für die Bergarbeiter zu zahlen. Es mußte deshalb die Regierungskommission aus dem Budget des Landes 6 Millionen zuschießen.

(Zuruf des Abg.Petri: Jetzt hast Du gelogen,Philipp!)

(Lachen)

Ich stelle nochmals fest, daß die Lohnbewegung abschloß mit der Tatsache, daß die Bergwerksverwaltung von den Gewerkschaften nicht gezwungen wurde, eine Lohnerhöhung

<u>für</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

für die Bergarbeiter zu geben, sondern daß eine Vereinbarung getroffen wurde, daß diese Zulage die Regierungskommission gibt.

(Zuruf des Abg.Petri: Ihr wolltet sie ja ablehnen!)

Wo kommen diese Gelder her,meine Herren? Es sind die Steuergroschen der Arbeiter des Saargebietes. Man hat also die Bergarbeiter mit ihrem eigenen Fett gebraten. Man hat sie mit ihrem eigenen Geld zu beruhigen versucht, indem man ihnen 100 Franken gegeben hat; damit hat man der Bergwerksverwaltung einen großen Gefallen getan,denn man hat dadurch die Bergarbeiter von ihr abgehalten. Es ist richtig, wir waren gegen diese Politik. Dieser armen Bergverwaltung, die hierher kam, um im Interesse der Imperialisten Frankreichs die deutschen Arbeiter auszuplündern, haben Sie zugestimmt,daß sie noch mehr Gewinne abführen kann, und daß die Bergarbeiter mit Geldern abgespeist werden, die ihre eigenen Steuergroschen sind. Wir konnten nicht wie die anderen Parteien einer solchen Regelung zustimmen. Wir sind der Auffassung, daß die Bergverwaltung sehr wohl in der Lage ist,höhere Löhne zu zahlen. Herr Röchling hat in seiner Rede damals gesagt, daß die Bergverwaltung seit ihrem Hiersein 1 Milliarde aus den Gruben herausgewirtschaftet hätte.

(Zuruf des Abg.Röchling: Das habe ich nicht gesagt!)

Es ist doch sonderbar, Sie wollen immer nichts gesagt haben. Ich weiß nicht, wie es kommt, daß Ihre Redakteure immer etwas anderes schreiben, als Sie gesagt haben wollen. Sie müssen der Sache einmal nachgehen. Sie sind ja im Aufsichtsrat der Saarbrücker Zeitung. Da scheint etwas nicht zu stimmen.

(Lachen)

Wenn das feststeht, daß soviel Profit gemacht wurde,dann kann man doch unmöglich eine Politik unterstützen, die objektiv darauf hinausläuft, die Behauptungen der Bergverwaltung zu bestätigen, daß sie mit Zuschüssen arbeiten würde. Dann begreife ich überhaupt nicht mehr den Kampf um die Saargruben. Wenn die Besitzer der Gruben hier mit Zuschüssen arbeiten, warum streiten sich dann die deutschen und die französischen Imperialisten um die Gruben, um die Arbeit der Bergarbeiter an der Saar ? Die Sache liegt doch anders wie sie hingestellt wird.

Die jetzige Lohnbewegung steht so, daß die Bergverwaltung glaubt, dank der Zermürbungstaktik von reformistischer und christlicher Seite den Zeitpunkt für gekommen zu halten,

(Zuruf des Abg.Lieser: von kommunistischer Seite!)

wo sie die Saarbergarbeiterschaft auseinanderschlagen kann. Daß sie diese Absicht durchführen will, beweist ihr Eintreten für die Gründung der gelben Organisation, für die Gründung einer Organisation, die restlos die Politik der Bergwerksverwaltung unterstützt. Ich habe mir das Statut des neuen Saarbergarbeiterverbandes angesehen und habe gefunden, daß die Organisation entsprechend dem früheren alten Statut des schon einmal hier ins Leben gerufenen

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

gerufenen Saarbergarbeiterverbandes sogar noch zugespitzt wurde dahingehend, die Interessen der Bergwerksverwaltung zu schützen. Es kann deshalb nicht angehen, daß heute wir uns hier hinstellen und sagen: Regierungskommission, es ist an der Zeit, daß du hier mit vermittelnder Hand eingreifst! Wer ist denn die Regierungskommission? Sie hat bisher immer bewiesen, daß sie auf Seiten der Bergwerksverwaltung steht. Ja, die Regierungskommission hat einmal sozial gehandelt und zwar in der Frage der Erhöhung ihrer Gehälter. Das war die einzige soziale Tat für ihre eigene Tasche. Aber alle anderen Forderungen hat sie abgelehnt. Ich brauche nur zurückzukommen auf die Frage der Erwerbslosen. Der Herr Staatskommissar als der Vertreter der Regierung stellt sich heute hier hin und sagt: Ja, meine Herren, die Frage der Erwerbslosen steht heute nicht auf der Tagesordnung; ich kann ihnen heute keine Auskunft geben, was die Regierungskommission zu der Forderung des Landesrates auf 50 % ige Erhöhung der Erwerbslosenbezüge zu sagen hat. Also,meine Herren, die Forderungen der Arbeiter des Saargebietes standen nicht auf der Tagesordnung. Was steht aber bei der Regierungrung überhaupt auf der Tagesordnung. Wir haben seinerzeit den Antrag gestellt, daß man den Eisenbahnern die Bezüge erhöht, die Regierungskommission hat es bis heute nicht für notwendig gefunden, darauf zu antworten. Die Eingaben der Gewerkschaften, auch Ihrer Richtung, meine Herren vom Zentrum und der Sozialdemokratie, wurden stets zurückgewiesen. Die Regierungskommission stellt sich auf den Standpunkt, daß die Löhne der Staatsarbeiter unter keinen Umständen einen Centimes höher sein dürften, wie die Löhne der übrigen Industriearbeiter. Die Industriellen, einschließlich der Deutschen, sind ja im Arbeitgeberverband gemeinsam vereinigt, stellen sich auf den umgekehrten Standpunkt. Sie sagen, wir können unmöglich die Löhne der Industriearbeiter wegen den Löhnen der Staatsarbeiter heraufsetzen. Die Tatsache ist also zu verzeichnen, daß hier in dem Kampf, den das Saargebiet zur Zeit durchzuführen hat, eine Einheitsfront geschaffen ist von dem gesamten Unternehmertum, von der Regierungskommission, und auch durch die falsche Politik, durch die falsche Taktik der Gewerkschaftsführer, die offiziell heute die Gewerkschaften des Saargebietes führen. Sie werden bei weiterer Durchführung ihrer Politik die Bergarbeiter und damit die gesamte Arbeiterschaft des Saargebietes in weiteres Elend hineinjagen, indem sie erreichen, daß die Bergwerksverwaltung die Arbeiterschaft zersplittert. Es kann hier nur eins geben: die Bergarbeiter müssen in diesen Fragen geschlossen zum Kampf schreiten, sie müssen geschlossen zum Streik aufgerufen werden. Wir wissen, warum die sozialdemokratischen und zentrümlichen Sekretäre nicht für den Streik sein können.

(Zuruf des Abg.Petri: Warum denn nicht ?)

Sie haben ihre Vertrauensleute in der Regierung sitzen. Sie sind verwachsen mit dem gesamten Apparat der Bourgeoisie. Sie können keinen Streik hervorrufen, der der Regierungskommission vielleicht Schaden in ihrem Budget bringen würde. Deshalb, meine Herren, können die Gewerkschaftsführer

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4 I

Gewerkschaftsführer keine andere Politik machen, als wie sie von Seiten der Unternehmer ihnen vorgeschrieben wird.

Jetzt ,meine Herren, noch ein paar Bemerkungen: Der Herr Petri scheint sich so kolossal zu interessieren für Rußland, und ich habe festgestellt, der Herr Schmelzer hat sich sogar das Buch von Trotzki angeschafft.

(Zuruf des Abg.Schmelzer: Ich werde es Ihnen vorlesen, Herr Reinhard!)

(Gelächter)

Meine Herren! All Ihr Gelächter und Ihre Glossen können nichts daran ändern, daß Rußland heute unter Führung der Kommunistischen Partei zu einem entscheidenden Faktor der Weltpolitik geworden ist. Und wenn die deutsche Bourgeoisie unter dem Schatten der Sowjetunion in den Völkerbund hineingekrochen ist, dann haben Sie die letzte Ursache gegen Rußland zu hetzen. Aber Ihre Hetze gegen Rußland zeigt, daß Sie das Anwachsen Rußlands befürchten. Sie befürchten die Niederringung Ihrer Klassenherrschaft, und Sie sind diejenigen, die sich heute oder morgen bereitfinden, zum Kampfe gegen das proletarische Rußland zu rufen. Das kann man aus Ihrer Politik feststellen. Fest steht jedenfalls, daß in Rußland in den letzten 5 Jahren, - seit dem ein Aufbau möglich war, seit Beendigung des Bürgerkrieges-, die Produktion durchschnittlich über die Vorkriegsproduktion hinausgebracht worden ist und fest steht auch, daß die Verhältnisse der russischen Arbeiter- an dem Verhältnis der übrigen Arbeiter gemessen- bedeutend besser sind und allgemein bedeutend besser sind als wie unter dem Zarismus. Und wenn Sie berücksichtigen, daß dies alles geschah ohne fremde Hilfsmittel, aus eigener Kraft, daß es die russische Arbeiterklasse war, die hier eine neue Gesellschaft aufgebaut hat, dann werden Sie verstehen, wie die Dinge in Rußland liegen. Und Sie,Sozialdemokraten, die Sie angeblich auf dem Boden des Marxismus stehen, hätten die letzte Ursache hier gegen Rußland zu hetzen. Denn dort wird bewiesen, daß die Theorie von Marx nicht nur eine Theorie bleibt.

Die Fragen in der Welt sind heute die,wie es der Arbeiterschaft besser gehen kann. Die bürgerlichen Regierungen geben zu, daß überall Millionen von Arbeiter brotlos werden, daß die Verhältnisse sich immer mehr derart zuspitzen, daß immer weniger Menschen in dem kapitalistischen System zu essen haben. Gerade das hat Marx festgelegt und hat gesagt:"Man kann nur eine endgültige Änderung herbeiführen, wenn man radikal umändert." Die heutige Gesellschaft und an deren Seite die Allgemeinwirtschaft setzt. Die Sozialdemokratische Partei steht in ihren Kämpfen gegen das Privatkapital und gegen die bürgerliche Staatsgewalt an der Seite des Bürgertums.

L H Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4 1

Unsere Aufgabe ist es, die Verbrüderung der Arbeiterklasse aller Länder zum gemeinsamen Kampfe gegen die gemeinsamen Ausbeuter durchzuführen. Mit Ihrem leeren Geschwätz werden Sie neue Kriege nicht aus der Welt schaffen, Sie werden sie auch nicht aus der Welt schaffen mit Ihren Verträgen, die sie der Arbeiterschaft vorhalten. Die Sozialdemokratische Partei, die an der Seite der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse kämpft, ist zur Vernichtung verurteilt. Diejenigen sozialdemokratischen Arbeiter, die heute noch den Sozialismus wünschen, werden über kurz oder lang zur Kommunistischen Partei kommen.

Meine Herren! Es wird der Zeitpunkt kommen, wo die Kommunisten durchführen werden den Sturz der Bourgeoisie und wo sie beseitigen werden überall die Unterdrücker und die Ausbeuter, um an deren Stelle die kommunistische Gesellschaft zu setzen.

(Bravo- Rufe der Kommunisten!)

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8

A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Weiß!

Abg.Weiß(KP) Meine Herren! Die bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie fordern ja ziemlich in allen Fragen die Gesetzgebung,die drüben im Reich besteht,auch für das Saargebiet.

Der Artikel 163 der Reichsverfassung lautet:

"Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit,die sittliche Pflicht,seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden,durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann,wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.Das Nähere wird durch besondere Reichsgesetze bestimmt."

Dieser Paragraph der Reichsverfassung besagt also,daß zunächst für alle gesorgt werden soll,die sich außerhalb des Produktionsprozesses befinden. Wie für diese entlassenen Arbeiter,für die Erwerbslosen gesorgt wird, darüber haben wir ja bereits reiche Erfahrungen aus den vergangenen Jahren drüben im Reich und auch im Saargebiet sammeln können. Heute morgen haben wir es sogar hier erlebt,daß die Polizei gegen Erwerbslose genau wie im Reiche vorgeht,kein Geld,keine Arbeit,aber blaue Bohnen,das hat man für die Erwerbslosen übrig.

(Zuruf des Abg.Lieser: Hat es geschossen?)

Ob es geschossen hat? Es sollte dem Sozialdemokraten Lieser bekannt sein,daß man mit solchen Bemerkungen die Frage der Erwerbslosen nicht abtun kann. Mein Parteifreund Reinhard hat bereits in seinen Ausführungen über die allgemeine Lage im Saarbergbau auch die Erwerbslosenfrage zum Teil mitbehandelt und er hat bereits mit Recht darauf hingewiesen,daß für die Regierungskommission des Saargebietes,ja für alle kapitalistischen Regierungen das Erwerbslosenproblem nie auf der Tagesordnung stehen wird. Die Herren der Regierungskommission des Saargebietes und insbesondere der Herr Koßmann,der diese Frage zu bearbeiten hat, haben ja keine Zeit,zur Frage der Erwerbslosen Stellung zu nehmen.Desweiteren geben sie an,keine Mittel dafür zu besitzen. Dazu stellen wir fest,daß die Herren Minister der Regierungskommission ein Gehalt von gegenwärtig 190 000 Franken beziehen. Sie wissen selbstverständlich nicht,wie Not und Elend in den Proletarierfamilien herrschen. Und da kommen Sie,Herr Kiefer,noch hierher und sagen,Sie wären jederzeit bereit,den Leuten zu helfen,wenn sie nur könnten. Das ist echt„christlich". Sie haben heute morgen selbst zugeben müssen,daß die Widersprüche des Kapitalismus immer schärfer werden und dann müssen Sie auch zugestehen,daß das heutige Christentum nicht

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

imstande sein wird,die Arbeiterschaft aus ihrer elenden Lage zu befreien.

(Zuruf des Abg.Kiefer: Die Menschen sollen nur Christen sein.)

Ja, Herr Kiefer,so ein Christ,wie Hermann Röchling, Klöckner,Thiessen, usw.,nun wenn Sie solche Christen meinen,diese unterstützen doch die Kirche nach Strich und Faden,aber nicht etwa um das notleidende Proletariat aus seiner elenden Lage zu befreien,nein,sie unterstützen die Kirche,um der vorwärts-und aufwärtsstrebenden Arbeiterschaft einen Damm entgegen zu setzen, um die Verdummung der Arbeiterschaft noch weiter aufrecht zu erhalten und so aus der Arbeiterschaft noch größere Profite herauszuschinden. Das Erwerbslosenproblem ist nicht so einfach zu lösen,das wissen auch wir,aber es ist auch nicht zu lösen mit dem Mittelchen, das Sie,Herr Kiefer,anzugeben glauben. Glauben Sie nicht,daß damit das Erwerbslosenelend beseitigt wird. Solange der Kapitalismus und,solange der kapitalistische Staat besteht, ist es Aufgabe des Unternehmers, sich solche Riesenarmeen von Erwerbslosen zu schaffen, die ausgenützt werden gegen diejenigen,die sich noch im Produktionsprozeß befinden und sehr oft mußten wir die Feststellung machen,daß,wenn Arbeiter,die sich noch im Produktionsprozeß befinden,Kämpfe für Verbesserung der Lohn-und Arbeitsbedingungen durchführten, dann die Erwerbslosen,die schon wochen-oder monatelang, ja sogar jahrelang erwerbslos waren,gegen die kämpfende Arbeiterschaft eingesetzt wurde. Diese Millionen von Erwerbslosen,die vorhanden sind,liegen eher begründet in der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Wir stellen fest,daß eine gewaltige Steigerung der Produktion und somit eine gewaltige Steigerung der Gewinne für die Unternehmer eingetreten ist,nicht nur im Reich und im Saargebiet,sondern in allen kapitalistischen Ländern. Riesengewinne der Unternehmer einerseits und Verelendung der Arbeiter andererseits. Einen aufgeblähten Apparat der Industrie,der Riesensummen verschlingt,haben wir zu verzeichnen. Dafür werden Tausende,ja Millionen von Arbeitern aus dem Produktionsprozeß entfernt. Ist es vielleicht ein Zufall,daß der Direktor des Stahlwerksverbandes ein Gehalt von 180 000 Mark bezieht, andere 100 000 Mark und mehr? Ja, ich glaube,wenn man solche Riesengehälter an Direktoren auszahlt,wenn man ferner gewaltige Neuanlagen und Erweiterungen vornimmt, wenn man ferner riesige Summen als Dividenden verteilt, daß dann nicht mehr viel übrig bleibt für die Arbeiterschaft.-Herr Röchling hat bereits den Sitzungssaal wieder verlassen.- Auch er findet hier und da schöne Worte zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit,was er aber hiefür tut,wollen wir kurz einmal beleuchten. Herr Röchling,der auch seit Jahr und Tag die deutsche Gesetzgebung fordert,lehnt es aber grundsätzlich ab,in Völklingen Arbeiter, die vom Arbeitsnachweis übermittelt werden,einzustellen. Wenn Herr Röchling heute morgen

zum

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4 I

zum Ausdruck brachte,daß er keine Kommunisten in seinem Betrieb haben wollte-nun- ich glaube,daß er dann noch einen sehr großen Teil seiner Arbeiterschaft entlassen müßte,denn die überwiegende Mehrheit der Völklinger Arbeiterschaft sympatisiert mit der Kommunistischen Partei. Die Partei ist bereits selbst stark im Betrieb verwurzelt. Seine Maßnahmen richten sich nicht nur gegen diejenigen,die politisch zur Kommunistischen Partei stehen,sondern sie richten sich gleichzeitig gegen die freien Gewerkschaften. Wie die Zusammenarbeit zwischen Herrn Röchling und dem Betriebsleiter des Hirsch-Dunker'schen Metallarbeiter- Verbandes bereits gediehen ist, zeigen uns folgende Tatsachen. Erwerbslose,die sich in der Hirsch-Dunker'schen Organisation aufnehmen lassen,erhalten von dem Bezirksleiter,Herrn Ecken,einen Brief,den sie bei der Arbeiterannahme der Völklinger Hütte,bei einem gewissen Herrn Würz abgeben. Auf Grund dieses Briefes werden sie dann sofort auf dem Röchling'schen Werk eingestellt. Hundert Erwerbslose können vor der Arbeiterannahme stehen,dann wird gefragt,wer einen Brief hat,derjenige mag vortreten,er wird eingestellt und die übrigen können nach Hause gehen. Daß diese Dinge den Tatsachen entsprechen,können wir dokumentarisch belegen. Herr Ecken,der im Verlaufe der letzten Jahre noch bei allen Lohnkämpfen sich immer auf die Seite des politischen Parteifreundes,Herrn Röchling, stellte,versucht, sich jetzt auf das Völklinger Werk zu verlegen,obwohl er so gut wie keine Mitglieder dort zu verzeichnen hat,dafür genießt er aber alle Vorteile der Direktion. Auch dazu ein bezeichnendes Beispiel: In den nächsten Tagen finden auf der Völklinger Hütte die Arbeiter-Ausschußwahlen statt. Obwohl auf der Vorschlagsliste 72 wählbare Arbeiter stehen müssen, die Hirsch-Dunker'sche Organisation aber sage und schreibe nur 27 Mann zusammengebracht hat,wurde die Liste seitens der Völklinger Direktion in wohlwollender Weise zur Wahl zugelassen. Darüber hinaus sollten ja ursprünglich die Wahlen bereits anfangs Januar stattfinden,aber wahrscheinlich war ein Teil dieser Leute, die auf der Vorschlagsliste der Hirsch-Dunker'schen Organisation stehen,noch nicht lange genug bei Röchling beschäftigt,um gewählt werden zu können. Die Liste ist vom Wahlvorstand abgelehnt worden,weil die Zahl der Bewerber nicht ausreichte. Aber Herr Röchling hat befohlen,daß die Liste Gültigkeit hat.

Meine Herren,wenn wir die Vorlage der Regierung betrachten,die sich mit dem Erwerbslosenproblem beschäftigt und die Einführung der Erwerbslosenfürsorge vorsieht,so haben wir bisher zwei Sitzungen gehabt. In der ersten Sitzung wurde vom Zentrum und den Sozialdemokraten erklärt, daß sie die Einführung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes fordern. Die Kommunistische Partei hat dies abgelehnt,wenn auch Herr Hoffmann gesagt hat, man könnte doch dazu übergehen und die Unternehmer verpflichten,die Beiträge zu entrichten,so ist das ein leeres Gerede. Wenn ich das deutsche Gesetz fordere,

so

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4 I

so fordere ich gleichzeitig auch die Zahlung der Beiträge durch die Arbeitnehmerschaft. Wir wehren uns grundsätzlich gegen das Versicherungsprinzip und die Sozialisten mögen die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse nachlesen und da werden sie finden, daß wir als Kommunisten heute den Standpunkt vertreten, den die Sozialdemokraten und freien Gewerkschaften vor dem Kriege vertreten haben. Wenn Sie kommen und sagen, stellt den Antrag, daß die Beiträge nur vom Unternehmer gezahlt werden, dann sagen wir, können wir nicht ebenfalls beschließen, daß dann in der Fürsorge der Rechtsanspruch geschaffen wird. Da werdet Ihr ausweichen. Aber wir wissen, daß Ihr für das Versicherungsprinzip seid und die Lasten abwälzen wollt auf die Arbeiterschaft. Wir wehren uns dagegen, daß die Arbeiterschaft des Saargebietes neue Lasten aufgebürdet bekommt für ihre spätere Erwerbslosigkeit. Am deutlichsten hat der Ruhrkampf gezeigt, wie das Reichs-Erwerbslosenversicherungsgesetz aussieht, es ist dasselbe Gesetz, das Sie für das Saargebiet fordern. Die Unternehmer schmeißen 213000 Arbeiter auf die Straße. Diese 213000 Arbeiter haben regulär Beiträge in die Erwerbslosenversicherung gezahlt und was hat die Verwaltung der Erwerbslosenversicherung getan? Sie hat den Ausgesperrten die Erwerbslosen-Unterstützung verweigert.

(Zuruf des Abg.Petri: Sie haben andere Unterstützungen gekriegt!)

Aber Herr Petri, das ist mir zu dumm, darauf einzugehen. Das Gesetz soll doch dazu dienen, in dem Moment der Arbeitslosigkeit die Unterstützung zu zahlen, zumal die Unternehmer die Leute brutal auf die Straße geworfen haben. War der Schiedsspruch kein Gesetz gewesen? Der war doch ein Gesetz, aber der Unternehmer pfeift darauf ohne Rücksicht, ob die Leute gezahlt haben oder nicht. Wir sind der Auffassung, daß der Staat und der Unternehmer das Interesse an dieser Riesenarmee von Erwerbslosen hat, dann muß er auch die Mittel dazu aufbringen und sorgen, daß die Leute soviel bekommen, als wenn sie im Produktionsprozeß ständen. Die Leute sind ja nicht freiwillig auf die Straße gegangen, sondern wurden aus den Betrieben hinausgeworfen. Diese Leute wollen ja nicht nur Brot, sondern sie wollen Arbeit. Diese Zusicherung hat man ihnen in der Reichsverfassung gegeben. Wenn man den Leuten soviel gibt, wie sie erhalten würden, wenn sie im Produktionsprozeß stehen, dann wird man sich überlegen, diese Leute auf die Straße zu setzen, denn das würde ihnen doch zu teuer zu stehen kommen. Auf unseren Antrag, die Erwerbslosen-Unterstützungssätze um 50 % zu erhöhen, hat die Regierungskommission nicht geantwortet, über Weihnachten waren die Herren auch nicht zu sprechen. Wahrscheinlich mußten sie die schöne Summe, die sie nachbewilligt erhielten, verbringen.

In der Kommission haben wir Anträge auf

<u>Ausbau</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Ausbau der Erwerbslosen-und Kurzarbeiterfürsorge eingereicht und wenn es Ihnen ernst ist,dann stimmen Sie unseren Anträgen zu. Hierin ist festgelegt,wer die Lasten aufbringt und es ist weiter festgelegt,wieviel Unterstützung gegeben wird. Wenn die Aera dieser Regierungskommission vorbei ist,Herr Kiefer,werden Sie dahin berufen,vielleicht kommen Sie schon früher dahin.

(Zuruf des Abg.Kiefer: Ich habe gar kein Verlangen danach,Herr Weiß,ich habe Ihnen einen vernünftigen Vorschlag gemacht. Sie werden sehen,daß ich mit Ihnen einig gehe.)

(Zuruf des Abg.Reinhard: Sie brauchen nur zuzustimmen !)

(Zuruf des Abg.Kiefer: Dann wissen wir immer noch nichts;deswegen dekretieren wir zwei zusammen, Herr Weiß,und machen ein Gesetz,geben es in die Presse und sagen: das gilt von morgen ab!)

Das ist eine feine Ausrede,wenn Sie hierher kommen und Phrasen gegen die Regierungskommission vorbringen,dann müssen Sie aber auch überall den schärfsten Kampf gegen diese Regierung führen,tun Sie das nicht,dann sind es eben nur Phrasen. Hier muß der entscheidende politische Machtkampf gegen die Regierung geführt werden,anders geht es nun einmal nicht. Man kann nun einmal nicht dazu übergehen,daß man Ihrerseits hier radikale Reden hält und auf der anderen Seite sich mit denselben Leuten zusammensetzt,verwachsen ist und all das durchführt, was diese Leute verlangen. Sie sind gegen früher ganz anders geworden,Herr Kiefer, als Sie von Herrn Röchling gemaßregelt worden sind für Ihr tapferes Eintreten für die Arbeiterschaft in der Vorkriegszeit.

(Zuruf des Abg.Kiefer: Herr Röchling hat seine Meinung,und ich habe meine Meinung.)

Heute sind Sie von Ihrer Meinung der Vorkriegszeit weit abgerückt als ehemaliger aufrichtiger Arbeiter im Saargebiet.

(Zuruf des Abg.Kiefer: Heute noch aufrichtig!)

Heute gehen Sie mit Herrn Röchling,mit demselben Röchling,von dem Sie vor dem Kriege gemaßregelt wurden, durch dick und dünn.

(Glocke des Vorsitzenden)

Vorsitzender: Ich bitte, zur Sache zu sprechen.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

(Zuruf des Abg.Kiefer: Nationalpolitisch gehe ich mit Röchling durch dick und dünn,um die Franzosen aus dem Saargebiet herauszubekommen,sozialpolitisch gehe ich den Weg,den ich im Interesse der Arbeiterschaft für richtig halte;haben Sie mich verstanden!)

Sie können uns nicht verbieten, diese Feststellung zu machen.

(Zuruf des Abg.Kiefer: Für Eure Feststellung gebe ich nichts.)

Sie gestatten uns,Herr Kiefer, Ihre politische und wirtschaftliche Einstellung gegenüber der Arbeiterschaft einerseits und gegenüber dem Unternehmertum andererseits zu kennzeichnen.

- Glocke des Vorsitzenden-

Vorsitzender: Herr Weiß,ich bitte nochmals zur Sache zu sprechen.

(Zuruf des Abg.Hey(KP): Wenn einer von uns diese dauernden Zwischenrufe machen würde,wäre es schon längst verboten)

Vorsitzender: Herr Weiß erwartet ja diese Zwischenrufe fortgesetzt.

Abg. Weiß (KP): Sie sind glänzend, Sie haben sich heute morgen als Vorsitzender glänzend bewährt. Mit diesen Dingen von wegen gelbem Gewerkverein kommen Sie bei uns nicht an.

(Zuruf des Abg.Kiefer: Das habe ich nicht gesagt!)

Abg.Weiß (KP) fortfahrend: Sie kommen und erklären: ihr als Kommunisten schützt ja die Unternehmer, ihr seid die treuesten Bundesgenossen des Unternehmertums. Auch damit werden Sie keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken. Warum werden die Kommunisten in die Gefängnisse gesteckt ? Doch nur darum,weil die Kommunisten die wirksamsten Kämpfer für die Arbeiterklasse gegen das Unternehmertum sind.

(Rufe der Kommunisten: Sehr gut !)

Da nützt Ihr Gerede garnichts,Herr Kiefer. So wie wir eintreten für diejenigen, die im Produktionsprozeß noch stehen, so treten wir ein als Kommunisten für diejenigen, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung infolge der Rationalisierung ,infolge der privatkapitalistischen Politik auf die Straße gesetzt hat. Wir verlangen von der Regierungskommission sofortige Behandlung unseres Antrages über den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge,nicht Hinausziehung, bis durch das Erwerbslosenversicherungsgesetz den Arbeitslosen geholfen werden soll,was ja doch nicht der Fall sein wird. Wir verlangen eine Erhöhung von 50 %, die wir bereits in der letzten Plenarsitzung erneut gefordert haben. Wenn die Regierungskommission einerseits in Genf die Erhöhung ihrer

<u>Gehälter</u>

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Gehälter begründet hat, dann muß sie andererseits auch begründen können, die Erhöhung der Erwerbslosenbezüge, die Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Saargebietes. Davon ist die Regierungskommission weit entfernt. Sie unterstützt das kapitalistische System mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln. Unsere Aufgabe wird es sein, dafür einzutreten, daß die Erwerbslosenbezüge so erhöht werden, daß die Erwerbslosen auch wirklich leben können. Darüber hinaus wird die Frage des Erwerbslosenproblems erst dann geregelt werden können, wenn die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die am Verfall ist, Herr Kiefer, ganz verschwunden ist und an deren Stelle die sozialistische Gesellschaftsordnung getreten ist.

(Bravo-Rufe bei den Kommunisten!)

Vorsitzender:

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri(SP): Meine Herren! Die Lage im Bergbau muß uns als Landesrat die Veranlassung geben,dazu Stellung zu nehmen. Ein Streit ist entstanden zwischen den beiden Vertragskontrahenten, die bis jetzt im Saarbergbau den Tarif herstellten und gehalten haben. Der Streit ist deshalb,weil die Bergwerksdirektion den Arbeitnehmerkontrahenten diktatorisch eine Lohnregelung aufzwingen will und nicht auf die sozialen berechtigten Forderungen eingeht,die in der Lohnfrage des Saarbergbaues unbedingt Grundsatz sein müssen. Die Bergwerksdirektion und mit ihr der französische Verwaltungsrat der Saargruben beabsichtigen, die bisherige Lohnspanne,die schon zwischen dem geringsten Lohn und zwischen dem Durchschnittstariflohn 8 bis 10 Franken ausmachte, bis über 20 Franken auseinanderzuziehen. Das wäre eine Folge,wonach die jetzigen höheren Löhne noch eine bedeutend weitere Erhöhung erfahren,während bei den geringeren Löhnen überhaupt keine Aufbesserung in Betracht gezogen wird. Daß da die Organisationen nicht mitmachen können,müssen Sie vom sozialen Standpunkt aus begreifen. Die Bergwerksdirektion hätte gar keinen Grund,diese Haltung einzunehmen,wenn sie nicht - und das ist meine persönliche Überzeugung- die Absicht hätte,die Saarbelegschaft zu spalten und dadurch vielleicht den unangenehmen Arbeitnehmerkontrahenten,die Gewerkschaftsbewegung,auszuschalten. Die Gewerkschaften haben eine Parole erlassen,die vielfach falsch gedeutet wird, die nicht ausgelegt werden kann mit einer Wirtschaftssabotage,sondern es ist eine Kampfmaßnahme, die in dieser besonderen Stellung auch eine besondere Ausnahme bedeutet. Es ist nicht so, wie Herr Reinhard sagte, daß die Situation für die Bergarbeiter ungünstig ist,durchaus nicht. Die Situation steht zur Zeit für die Bergarbeiter durchaus gut,und wir haben keine Veranlassung,nervös zu werden.

(Zuruf des Abg.Reinhard: Wie lange?)

Ich hätte Herrn Reinhard geraten,an dieser Stelle nicht diese Miesmacherei zum Ausdruck zu bringen,um dadurch der Bergwerksdirektion noch mehr den Rücken zu stärken und ihr zu sagen: „haltet noch ein bißchen durch,die Bergarbeiter sind ja bereits am Zusammenbrechen„Herr Reinhard hat das im Landesrat ja angedeutet." Ich kann Ihnen als Vertreter der Bergarbeiter sagen, daß es nicht so ist. Die Bergwerksdirektion wird sich täuschen,und wenn sie zu Maßnahmen übergehen sollte,dann wird sie auch die Position der Gewerkschaften zu spüren bekommen. Immerhin ist die Mentalität der Bergarbeiter heute so,daß man sie nicht mehr unterschätzen darf,und daß man irgendwie gewisse Niederlagephasen,ich will nicht sagen "Phrasen",Herr Reinhard,daß man die von Anbeginn an schon in den Vordergrund schieben kann. Wir brauchen den Herrn Reinhard als Strategen,als Kampfstrategen durchaus nicht. Er ist für uns kein Vorbild diesbezüglicher Art. Ich möchte dem Herrn Reinhard raten, sich nicht

um

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8

A4

um diese inneren internen Angelegenheiten der Gewerkschaftsstrategie zu kümmern. Die Gewerkschaftsführer wissen genau,wie sie die Dinge anzufassen haben.Herr Reinhard mag sich als kommunistischer Parteivertreter um Sachen kümmern,die ihn angehen.

(Zuruf des Abg.Reinhard: Deshalb hast Du mich auch aus dem Verband geschmissen!)

Das weißt Du am besten,was die Ursache war. Die Kampfstrategie des Herrn Reinhard mit ihrem Spiegelbild in Lothringen wollen wir uns nicht zu eigen machen. Daß es im Saargebiet genau so kommt,wollen wir zu verhindern suchen. Wir weisen entschieden zurück,daß unsere Kampfmaßnahmen als Verrat hingestellt werden. Wenn von Verrat gesprochen wird,dann fällt das auf die Ausrufer dieser Art zurück. Daß die Gewerkschaften Verrat üben,daß die Gewerkschaften auch nur den Schein eines Verrats treiben,das kann ich auch mit gutem Gewissen zurückweisen.

(Zuruf des Abg.Reinhard: Wir hatten 1923 den Streik,da hat sich manches bewiesen!)

Die Frage, ob im Saargebiet die Möglichkeit besteht, die Löhne einheitlich zu regulieren nach einer richtigen Grundlage,ist glatt mit ja zu beantworten, und die Möglichkeit überhaupt,eine Lohnerhöhung im allgemeinen zu geben,daß das Lohnniveau der Bergarbeiter gehoben wird,besteht auch. Denn die Leistung der Bergleute,die sich seit 1920 um 73 %,von 481 kg.auf 834 kg.erhöht hat,birgt schon die Möglichkeit in sich, diese Erhöhung zu geben. Der Lohn,der im Jahre 1920 23 Franken pro Schicht betrug,beträgt heute im Saarbergbau 36 Franken. Er hat also seit dieser Zeit eine Steigerung von 56 % erfahren,während die Kohlenpreise seit dieser Zeit um 71 % gestiegen sind. Es ist also bei dem Lohn keine Angleichung an die Erhöhung der Kohlenpreise zu verzeichnen,und deshalb müssen wir als Gewerkschaften der Bergwerksdirektion den schärfsten Widerstand entgegensetzen bei ihrer Haltung,wenn sie darauf aus ist,den Tarifkontrahenten auf die Seite zu schieben und einfach diktatorisch die Löhne festzusetzen.

Meine Herren! Die Überschüsse der Saargruben sind schon oft herangezogen worden. Ich möchte sie auch heute wieder heranziehen. Die Überschüsse der Saargruben stellen sich seit dem Jahre 1920 auf 850 Millionen Franken. Daß auf Grund dieser Überschüsse die Saargruben bilanzmäßig garnicht schlecht gestellt sind und den Forderungen und Lohnbewegungen der Gewerkschaften ohne weiteres Rechnung tragen können,liegt auf der Hand. Wenn ich den Jahresgewinn der Saargruben von 1920 heranziehe,der mit 20 Millionen in keiner Weise zu niedrig angesetzt ist, und den Jahresgewinn von 1926,der bereits 152 Millionen beträgt - also eine Steigerung des Überschusses vom ersten Jahre um weit über 100 Millionen-

und

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8

A4 I

und dieser Überschuß sich auch in folgenden Jahren, 1927 und 1928,zeigt,so beweist das,daß die Bergwerksdirektion hier auf dem besten Wege ist,die Ausbeutung der Saargruben und der Saarbergarbeiter ins Uferlose hinauszutreiben. Alles dies geschieht auf Kosten der Bergarbeiter,auf Kosten der Bergarbeiterknochen und auf Kosten der Bergarbeiterfamilien.

Wenn wir uns die Unfallstatistik ansehen, wo in einem Jahre,und zwar im Jahre 1927,bei einer Belegschaft von 71000 Mann 10 476 Mann verunglückt sind,davon 62 tödlich,und dann einen Vergleich ziehen mit anderen Berufsgruppen,wo insgesamt im Saargebiet 77 920 Arbeiter beschäftigt sind, so sind in diesen Betrieben insgesamt in einem Jahre 2806 Arbeiter verunglückt,davon 14 tödlich. Wenn wir die Schwierigkeit und die Gefährlichkeit der Arbeit der Bergarbeiter und ihre Löhne gegenüber den anderen Kategorien sehen, so stellen wir fest,daß die Löhne viel zu niedrig sind und daß wir alle Ursache haben,zu fordern,daß im Bergbau eine andere Konstellation der Löhne und des Sozialrechts in Erscheinung treten muß. Gleichzeitig muß erwähnt werden,daß der verunglückte oder kranke Bergmann, trotzdem die Kanngrenze auf 35 Franken erhöht worden ist,immer noch nach der Mußgrenze abgespeist wird,sodaß ein kranker Bergarbeiter 12.50 Franken Krankengeld pro Tag erhält. Meine Herren! Daß das keine Zustände sind, wie sie sein sollen,werden Sie begreifen. In allen anderen Kategorien,so auch in der Ortskrankenkasse,wird die Kanngrenze angewandt. Aber hier bei uns weigert sich der französische Arbeitgeber,die sozialen Gesichtspunkte etwas mehr zu berücksichtigen. Meine Herren! Die Bemühungen der Organisationen,bei der Bergwerksdirektion in dieser Frage einen Tarifzustand herbeizuführen,sind bis jetzt an dem hartnäckigen Widerstand der Bergwerksdirektion gescheitert. Man muß sich die Frage vorlegen, warum besteht dieser Widerstand? Warum will die Bergwerksdirektion kategorisch und rücksichtslos hier ihre Meinung durchsetzen,obwohl sie nach der eigenen Arbeitsordnung verpflichtet ist,die Tarifabschlüsse für alle Saargruben mit dem maßgebenden Arbeitnehmerorganisationen durchzuführen. Die Meinung besteht,daß die Belegschaften das Lohndiktat der Bergwerksdirektion annehmen könnten. Man spekuliert darauf, daß die höheren Lohngruppen,die bis jetzt im Gedinge 12,13 und 14 Franken verdienen konnten,daß die auf das Angebot der Bergwerksdirektion hereinfallen würden. In diesem Falle würden aber zwei Drttel der Bergarbeiter fast leer ausgehen. Wenn die Bergwerksdirektion darauf spekuliert, dann spekuliert sie falsch.

Ich möchte die Bergwerksdirektion darauf hinweisen,daß sie es nicht gewissenlos weitertreiben soll, wenn sie ein Interesse daran hat,daß das Wirtschaftsleben des Saargebietes seinen geregelten Gang weitergeht,muß sie ihren Widerstand aufgeben. Und wenn die Regierungskommission als die Aufsichtsbehörde über die gesamte Wirtschaft im Saargebiet,wenn die die Dinge so weitertreiben läßt,dann wird auch sie die Verantwortung treffen. Hier zeigt sich wieder einmal,daß bei uns im Saargebiet die staatliche Instanz,die bei solchen Wirtschaftskämpfen mitzuwirken hat,fehlt.

Zuruf

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

(Zuruf des Abg.Weiß: à la Severing im Ruhrgebiet!)

Seid froh,daß wir Severing haben. Er hat Euch Kommunisten schon manchmal seinen Schutz verliehen.

(Zuruf des Abg.Weiß: Sie werden noch aufgehängt!)

Ich habe keine Furcht von den Kommunisten aufgehängt zu werden. Ich bin der Meinung,daß die Kommunisten vor dem Aufhängen mehr Angst haben.

-Glocke des Vorsitzenden-

(Zuruf des Abg.Schmelzer: Die Kraftausdrücke,Herr Weiß, die machen es nicht!)

Über andere schimpfen ist sehr leicht,aber besser haben die Kommunisten bis heute noch nichts gemacht.

Wenn man die Gewerkschaften als die Organe der Saarregierung vorhin bezeichnet hat,dann darf ich darauf hinweisen,daß es hier nicht ist wie in Rußland; denn dort kann überhaupt kein Arbeiter streiken. Ich bin jedoch kein Feind von Rußland,im Gegenteil,ich freue mich,wenn endlich einmal die ganze soziale Umschließung zustande kommt. Da wird auch noch manches in Rußland fallen müssen. Daß der Weg dahin über die deutschen Kommunisten geht,das halte ich für ausgeschlossen. Daß große Repräsentanten von Rußland von der Tätigkeit deutscher führender Sozialdemokraten angenehm berührt waren,ist bestimmt richtig. Das weiß der Herr Weiß so gut wie ich. Unsere Meinung über das System in Rußland ist die, daß auf dem Wege der Diktatur die Lösung des Problems,die Völker einer sozialen Aera und dem ewigen Frieden entgegenzuführen, nicht möglich ist.

(Zuruf des Abg.Weiß: Ihr seid ja noch schlimmer wie das Zentrum!)

Vorsitzender: Ich bitte,die Zwischenrufe zu unterlassen. Der Gegenstand ist doch zu ernst, daß man fortgesetzt dazwischenruft.

(Zuruf des Abg.Weiß: Seid doch nicht so gehässig!)

Abg.Hoffmann(SP): Wir sind garnicht gehässig,sondern wir verteidigen unsere Sache mindestens so gut wie Sie die Ihrige und wir sind von unserer Sache genau so überzeugt,wie Ihr von Eurer Sache überzeugt seid. Und wie Ihr über die deutsche Republik schimpft,so müßt Ihr Euch mal überlegen,wer die Gehässigkeiten in sich trägt. Fest steht doch,daß das Los der Arbeiterschaft in der deutschen Republik 50 Prozent besser ist wie in der russischen.

(Gelächter, Tumult)

(Glocke des Vorsitzenden)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Abg. Petri(SP): Aber unser Streben ist, sie zu verbessern und wenn es bisher nicht gelungen ist,ist es Eure Schuld,weil ihr die Machtposition der deutschen Arbeiter zersplittert.

(Zwischenruf: Junge,Junge,Mensch was haben Sie Dir verhauen!)

Vorsitzender: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß ich, wenn nicht in einer sachlichen Art verhandelt wird, schließen werde.

(Zwischenruf des Abg.Hey: Passen Sie besser auf Ihre Seite auf!)

(Zuruf des Abg.Daub: Hier ist die Sachlichkeit noch nicht verletzt worden.

Abg.Petri(SP):Herr Präsident, ich nehme an,daß Sie mir keinen Vorwurf machen,ich habe mich nur verteidigt. Wir haben hier einer großen Wirtschaftsgruppe Rechnung zu tragen. 60000 Bergarbeiter stehen in einem Abwehrkampf und suchen durch irgend eine Bewegung die Bergwerksdirektion zum Nachgeben zu bringen,in einer Art,wie wir es bisher für richtig hielten einzugreifen. Wenn die Bergwerksdirektion es darauf ankommen läßt,Maßnahmen zu ergreifen,dann ist vielleicht nicht zu sagen,was die Saarwirtschaft in den nächsten Tagen oder Wochen erleben wird. Die Streitfrage ist eine kleinliche für die Bergwerksdirektion, für uns eine große,weil wir uns nicht als Tarifkontrahenten ausschalten lassen dürfen,weil damit die Zukunft der Saarbergarbeiter auf dem Spiele stände. Daß politische Absichten damit verbunden sind,wird dadurch bezeugt,daß sie an einem Ende des Saargebietes bereits eine Sache aufzieht, die rein politischen Charakter trägt und damit in die Bergarbeiterherzen etwas hineinträgt,womit wir,die Gewerkschaften uns nicht einverstanden erklären können. Wir müssen auf die Regierung einwirken,daß sie versucht,die Bergwerksdirektion zum Nachgeben zu bewegen. Wenn das nicht geschieht,dann fällt die Verantwortung,was in der nächsten Zeit,in den nächsten Tagen oder Wochen auf den Saargruben passiert,auf diejenigen,die die Schuld daran tragen.

<u>Vorsitzender:</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser!

Abg.Lieser(SP): Meine Herren! Im Laufe der Verhandlungen ist heute morgen der Ruf an unserem Fenster erschollen: „Brot,gebt uns Brot und Arbeit." Mag nun die ganze Demonstration von irgend einer Seite vielleicht aufgezogen worden sein, mit Absicht aufgezogen sein.

(Zuruf: Nennen Sie nur ruhig die Kommunisten!)

Du hast mir hier nichts vorzuschreiben.

(Zuruf des Abg.Weiß: Wenn es notwendig ist,werden wir sie rufen.)

Meine Herren! Mag es von der einen oder anderen Seite kommen. Das Wort Brot und Arbeit müssen wir verstehen. Man versteht es,wenn man in den Kreisen tätig sein muß. Wenn man berücksichtigt,daß die Erwerbslosen heute mit einer geringen oder sehr viele mit überhaupt keiner Unterstützung auskommen müssen, dann begreift man,warum die Stimme an unser Fenster gekommen ist. Aber,meine Herren,seitdem der Ruf erschollen ist,ist bis jetzt,bis zur Minute noch kein praktischer Erfolg für die, die vorhin gerufen haben, zu verzeichnen,der diesem Rufe Rechnung trägt. Es sind radikale Reden gehalten worden aus Agitationsbedürfnis,nicht aber,um den Menschen zu helfen,

(Zuruf des Abg.Weiß: Hört,hört!)

und deshalb möchte ich keine radikale Rede halten, sondern möchte dafür eintreten,daß diesen armen Menschen praktisch vor allen Dingen geholfen wird. Die Kommunisten haben beantragt,die Erwerbslosenunterstützung um 50 % zu erhöhen. Meine Herren! Der Antrag kann unterstützt werden,aber er hilft dann nicht denen,die bisher keine Unterstützung bekommen haben. Wenn ich eine Null habe und bekomme diese Null mit 100 % aufgebessert,dann habe ich zwei Null und wenn ich sie,wie die Kommunisten es wollen,mit 50 % aufgebessert bekomme,dann habe ich 1 1/2 Null.

(Zuruf des Abg.Weiß: Sie haben den Antrag nicht gelesen,den wir eingereicht haben. Wenn Du wenn Du ihn gelesen hättest,dann bekämst Du vielleicht noch ein paar Nullen mehr.)

Es heißt aber immer noch Erwerbslosenfürsorge.Nach diesem Antrag bekommt derjenige aber mehr,der nicht arbeitet,als der,der arbeitet. Nicht für die Erwerbslosen,sondern für die Arbeiter wäre in diesem Falle die Fürsorge.

(Zuruf des Abg.Weiß: Ihr wollt ihnen ja gar nichts geben!)

<u>Wir</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Wir kommen in nächster Zeit auf diese Antwort zu sprechen. Vielleicht erklärt uns Herr Weiß auch einmal,woher er die Mittel nimmt.

(Zuruf des Abg.Weiß: Siehst Du!)

Es heißt dort,die Regierungskommission ersetzt den Gemeinden die Mittel,und wenn die Regierungskommission die Mittel ersetzt,dann kommen die Kommunisten und sagen,aus den Mitteln der Erwerbstätigen nimmt die Regierungskommission die Mittel,um die Erwerbslosen zu unterstützen. Ich möchte ganz besonders haben,daß die,die heute noch eine Null haben,d.h. die heute noch keine Unterstützung bekommen,daß diese Unterstützung bekommen sollen und dazu dient ein Antrag,den die Kommission bereits angenommen hat und der, der Regierung übermittelt wurde und zwar betrifft dieser Antrag die Erhöhung der Ausschlußsätze. Das ist zunächst das Dringlichste,das gemacht werden muß. Noch vor der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung muß die Erhöhung der Ausschlußsätze vorgenommen werden. Eine ganze Reihe von Anträgen mußte deswegen abgelehnt werden,die überhaupt keine Unterstützung bekommen und deswegen haben wir das beantragt und die Kommission hat bereits zugestimmt.

Der Antrag lautet:

"Die durch die Regierungskommission(Abteilung Arbeitsamt)vom 10.12.1927 mit Wirkung ab 1.1. 1928 verfügten Ausschlußsätze werden mit sofortiger Wirkung wie folgt erhöht:

1. <u>Personen mit eigenem Hausstand:</u>

a)Haushaltungsvorstand	von	400	auf	450 Fr.
b)Ehegatte	"	200	"	250 "
c)Kind,oder unterstützungsberechtigte Person über 21 Jahren,ohne Berufseinkommen	"	150	"	250 "
mit eigenem Berufseinkommen	"	150	"	400 "
d)Kind,oder unterstützungsberechtigte Person unter 21,aber über 14 Jahren,ohne Berufseinkommen	"	150	"	200 "
mit eigenem Berufseinkommen	"	150	"	300 "

e)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4 I

e) Kind, oder unterstützungsberechtigte Person unter 14 Jahren von 100 auf 150 Fr.

2. Alleinstehende Personen:

a) über 21 Jahren " 450 " 500 "

b) unter 21 Jahren " 400 " 450 "

Meine Herren! Ich möchte darum bitten, stimmen Sie auch heute im Plenum unserem Antrage zu, damit die Regierungskommission die Vollmacht besitzt, diese Ausschlußsätze zu erhöhen, vielleicht mit rückwirkender Kraft. Wenn dieser Antrag Gesetz wird, werden 80 % der Ablehnungen wieder hereingeholt. Das ist für die, die heute morgen gerufen haben, gebt uns Brot, gebt uns Arbeit.

(Bravo-Rufe der Sozialdemokraten!)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Diehl!

Abg.Diehl (DSV):Meine Herren! In der allgemeinen Aussprache war für heute morgen vorgesehen, über den Lohnkampf, in dem die Bergarbeiter stehen, zu sprechen. Wenn wir diesen Lohnkampf betrachten, sehen wir, daß die Bergwerksdirektion bei den letzten Verhandlungen zugegeben hat, daß diese Lohnerhöhung getragen werden kann. Aber ganz sonderbar und eigenartig, was die Gewerkschaften noch nicht erfahren haben, mußten sie von der Bergwerksdirektion erfahren, indem man den augenblicklichen Verteilungsmodus gemeinschaftlich beraten hat, hat sie es abgelehnt, die Ansicht der Gewerkschaften zu akzeptieren und kündigt den Tarifvertrag. Ein Zustand, der nicht dazu angetan ist, die Verhältnisse im Saarbergbau dazu zu führen. Die Gewerkschaften mußten klare Gegenmaßnahmen treffen und diese sind von Seiten der Organisation bis auf den heutigen Tag mit Erfolg und mit einem viel größeren Erfolg wie der Abgeordnete Reinhard das getan hat. Denn während seinem Sprechen glaubte ich, er sei Anwalt der Bergwerksdirektion. Es ist schon richtig, was Herr Petri sagt, daß der Stand der Bergarbeiter der wichtigste ist,und wenn selbst die Leute von der Bergwerksdirektion zugeben und wenn von der Bergwerksdirektion für zukünftige Tage und Wochen vor Zittern stehen und sich die wirtschaftlichen Unternehmer nach anderen Kohlen umsehen, damit sie nicht arbeitslos werden. Es wäre viel richtiger, wenn wir von denjenigen Stellen, die bisher den Grundgedanken des Tarifs vertreten haben, dazu übergehen würden, nämlich die Staatsautorität,die Verhältnisse zu klären. Die Parteien des Landesrates haben in genügender Form gesetzliche Maßnahmen gefordert, nur die Regierungskommission ist nicht darauf eingegangen. Wenn Herr Reinhard gesagt hat, daß bei den letzten Verhandlungen im Juli die Regierungskommission aus den Steuergroschen irgend etwas zugeschoben hat, so war das vielleicht die Schwachheit, die die Regierungskommission gezeigt hat, weil sie sonst keinen anderen Ausweg wußte und auch ein Streik ausgebrochen wäre.

Die Regierungskommission muß mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln diejenigen Dinge einführen, die vom Landesrat längstens gefordert worden sind, d.i. die Einführung der Verbindlichkeitserklärung. Es wäre endlich an der Zeit, wenn sie nicht für die Zukunft die Aschenbrödelrolle der Bergwerksdirektion spielen will-daß sie dem Landesrat die Gesetzesvorlagen unterbreitet. Wenn es ein anderer Arbeitgeber wäre als die Bergwerksdirektion,dann hätte die Regierungskommission schnell Mittel und Wege gefunden. Aus dem Grunde verlangen auch wir,daß die Regierungskommission mit allen Mitteln sich dafür einsetzt, daß der Zustand, wie er heute in Bergarbeiterkreisen herrscht, ein Ende findet.

Zur Erwerbslosenfürsorge stimmen wir dem zu, was der Herr Abgeordnete Kiefer gesagt hat, daß die Erwerbslosenversicherung in Kraft gesetzt wird in Verbindung mit dem Arbeitsnachweiswesen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg.Schmelzer(DSV): Meine Herren! Die anderen Parteien haben je zwei Mann als Redner vorgeschickt. Der Parität wegen muß ich deshalb auch noch einmal sprechen.

Wir haben uns heute morgen etwas eigentümlich benommen. In der Vorbesprechung waren wir uns klar darüber, daß über die Erwerbslosenfürsorge nicht gesprochen werden solle wegen der heute Nachmittag stattfindenden Besprechung mit Herrn Minister Koßmann. In der Fraktionsführerbesprechung habe ich gesagt,wenn die Minderheit das doch durchdrücken sollte, so würde ich als Präsident dem widerstrebenden Redner das Wort abschneiden. Wegen dieser Ausführungen wurde ich als Reaktionär bezeichnet. Ich mache mir nichts aus dieser Charakterisierung. Gott sei Dank, daß Sie (z.d.Kommunisten) noch nicht so weit sind. Wenn ich Sie betrachte, so sage ich mir, den Herren Funktionären scheint es gut zu gehen. Herrn Daub geht es bestimmt gut, er sieht ganz gut aus, ist auch gut gekleidet- als er hierher kam,war er es nicht so, und auch die anderen Herren sehen sehr gut aus. In Ihrem Zukunftsstaat wäre das vielleicht nicht so sehr der Fall, denn da hätten Sie längst nichts mehr zu sagen.

(Zuruf des Abg.Daub: Wir haben viel gearbeitet!)

Herr Daub, ich habe in meinem Leben wirklich mehr gearbeitet wie Sie. Was Sie als Arbeit bezeichnen, habe ich noch neben meiner Berufsarbeit gemacht. Der Unterschied zwischen mir und Ihnen ist der, daß ich mich durch wirkliche Arbeit hochgebracht habe. Ich habe mir zuerst selbst geholfen und bin dann später dazu übergegangen, auch anderen zu helfen.

(Zuruf des Abg.Daub: Sie ruinieren die kleinen Maler!)

Von politischer Seite ist mir noch kein Geschäft gekommen.

(Zuruf des Abg.Daub: Sie machen doch schon jahrelang auf dem Sonnenberg!)

Herr Daub, ich könnte Ihnen auch aus Ihrem Leben erzählen, ich nehme aber an, daß unser Privatleben die Zuhör er wenig interessiert. Ich war dabei, Ihnen den Herren Funktionären der Kommunistischen Partei ein Kompliment zu machen über die Art, wie Sie Ihre Sache vertreten haben. Wer zwar Bescheid weiß, der weiß über die Art des Zustandekommens Ihrer Ausführungen,der weiß, daß Ihre Reden aus der Parteischule stammen ,in der Ihnen gesagt wird wie man eine Sache drehen muß und wie man sich entschuldigen muß, wenn es anders kommt. Nun haben Sie uns (Herr Weiß hat das getan) ein Bild vorgemalt von den glänzenden Zuständen in Rußland.

(Zuruf des Abg.Hey: Waren Sie dort?)

Zuruf

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

(Zuruf des Abg.Reinhard: Bei jeder Gelegenheit stellt sich Herr Schmelzer als fehlerfrei hin!)

Ich habe nie den Anspruch darauf gemacht. Ich bin sogar der Meinung, daß ich wie jeder Mensch mit sehr viel Irrtum behaftet bin. Ich versuche nur des Irrtums Herr zu werden, was Sie nicht tun und das ist der Unterschied zwischen Ihnen und mir. Sie machen den Versuch nie, Sie täuschen es nur vor. Es ist ja schließlich Ihr Geschäft, Sie werden ja dafür bezahlt.

(Zuruf des Abg.Daub: Sie sind zu ernst!)

Vorsitzender: Herr Schmelzer, ich bitte zur Sache zu reden.

Abg.Schmelzer: Es ist doch nicht so wie die Kommunisten es darstellen, als ob auf kommunistischer Seite nur Engel zu finden seien. Die Menschen sind sich alle ziemlich gleich. Es ist nicht so,daß der Arbeitgeber aus bloßer Bosheit keinen hohen Lohn zahlen will oder daß er ihn dem Arbeiter mißgönnt, oder daß er gleichgültig zusehen kann, wenn er am Hunger zugrunde gehen würde. Wir versuchen genau wie Sie, der Mißstände Herr zu werden. Wir versuchen das nur auf einem Wege, von dem wir uns versprechen, daß er auch zum Ziele führt. Das macht auch die Sozialdemokratie, auch alle anderen Parteien. Wenn Sie vorhin sagen: wir vertreten die Politik, die die Sozialdemokratie vor dem Kriege vertreten hat, so ist das richtig, ich gebe das ohne weiteres zu. Aber das beweist noch lange nicht, daß Sie im Recht sind, sondern das beweist, daß die Sozialdemokratie eingesehen hat, was möglich und was unmöglich ist. Wir versuchen, den Weg der Vernunft zu finden und versuchen auch vom Gegner zu lernen. Weil Sie immer wieder die Verhältnisse in Rußland so glänzend darstellen, habe ich mir gesagt,das beste ist, man sieht einmal nach, wie es dort gemacht wird. Zunächst dachte ich, es ist doch ganz undenkbar, daß es in einem kommunistisch regierten Lande überhaupt Arbeitslosigkeit gibt. Denn das versprechen Sie uns ja immer, wenn Sie am Ruder wären, würde es keine Arbeitslosigkeit mehr geben, dann käme es nicht so weit. Es gibt aber tatsächlich in Rußland Arbeitslose. Ich habe mir nun gesagt, man kann vielleicht von den russischen Verhältnissen lernen, wie man die Arbeitslosigkeit beseitigen und bekämpfen kann. Ich habe mir ein Buch von Trotzki angeschafft, der auch über dieses Thema schreibt. Trotzki ist ja eine Größe von Ihnen, wenn er auch augenblicklich in der Verbannung leben muß, weil er wider den Stachel geleckt hat. Derartige Dinge sind ja auch unter Ihnen nicht unbekannt. Wir haben hier im Hause ja auch schon erlebt, wie Sie sich gegenseitig verbannt haben, wie der eine Kommunist den anderen Strolch,Vagabund usw. genannt hat. Trotzki ist trotz seiner Verbannung Kommunist, er beruft sich in seinem Buche auf seinen Kommunismus und sagt wiederholt: "ich will ehrlicher Kommunist sein." In seinem Buche findet man nun, daß die Dinge in Rußland schlechter liegen als in irgend einem kapitalistischen Lande. Es ist erschütternd, was der Mann schreibt, wie er nun sieht, daß das,was er angestrebt hat.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

hat, nicht so geworden ist, wie er es gewollt hat. Er vergißt allerdings zu sagen:es ist überhaupt unmöglich auf dem Wege! Er bringt nun Mißstände und Schäden zur Sprache, die in Rußland bestehen. Es sind Kapitel in dem Buche mit Überschriften, wie z.B. „Die Sklaverei auf dem Lande." Stellen Sie sich vor: in einem kommunistisch regierten Lande spricht ein Kommunist von Sklaverei,das ist allerhand! Er hat da noch ein Kapitel „Die Löhne der Arbeiter" und da ist es interessant, was er über die Löhne sagt. Hier bei uns ist nach Ihren Angaben der Kapitalist Röchling zumeist der Schuldige an den nicht auskömmlichen Löhnen. Sie wissen ganz genau, daß es nicht so ist, daß auch er ein Gefangener der Wirtschaft ist wie irgend ein anderer.

(Zuruf des Abg.Reinhard: Einsperren!)

Das ist so eine Sache, Sie wollen den andern nachweisen, was Sie für Kerle sind ,und wenn Sie dann angefaßt werden, dann kriechen Sie zu Kreuz.

(Zuruf des Abg.Hey: Vor Ihnen bin ich noch nicht zu Kreuz gekrochen!)

Bei mir noch nicht aber bei anderen.

(Zuruf des Abg.Hey: Bringen Sie mir einen Beweis.)

Ich will auf die Löhne zu sprechen kommen. In seinem Buche schreibt Trotzki:„Die Löhne erheben sich im Durchschnitt nicht über 63 % des Vorkriegsstandes. Der Arbeitstag dauert selten weniger als 10 Stunden

(Zurufe beim Zentrum: Hört,hört!)

in der Mehrzahl der Fälle ist er tatsächlich unbegrenzt. Die Löhne werden unregelmäßig bezahlt, oft erst nach nicht unerheblichem Zögern." So sieht die Sache in Rußland aus. Ich könnte Ihnen noch weiter vorlesen,aber es genügt.

(Zuruf des Abg.Weiß(KP): Und die Regierung hält sich 10 Jahre?)

Es ist das gleiche Verhältnis wie in Italien. In Rußland hat eine Handvoll Menschen sich die Macht genau so angeeignet, wie Mussolini in Italien. Durch Gewaltmethoden werden die Menschen in Rußland in Schach gehalten.

(Zuruf des Abg.Weiß(KP): Was der für einen Unsinn verzapft.)

Das Buch von Trotzki wird für Sie ganz interessant sein; offenbar haben Sie es noch nicht gelesen, ich empfehle es Ihnen. Wenn Sie ehrliche Leute sind, müssen Sie es

lesen.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

lesen.

(Zuruf des Abg.Weiß (KP): Wir waren selbst dort,Herr Schmelzer!)

Wir wissen wie das gemacht wird. Sie haben doch schon gehört von potemkinschen Dörfern.

(Zuruf des Abg.Weiß: Die kann man Ihnen vormachen, aber nicht Leuten, die Vernunft haben!)

Ich beziehe mich auf Trotzki. Das Buch ist von Trotzki. Er schreibt, daß die amtliche Zahl der eingetragenen Arbeitslosen im April 1927 1 478 000 gewesen sei; die wirkliche Zahl der Arbeitslosen wäre etwa 2 000 000. Also auch dort schwindelt die Bürokratie;das werfen Sie ihr bei uns ja immer vor. „Die Zahl der Arbeitslosen wächst unvergleichlich schneller als die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter. Ende 1931 wird die Zahl der Arbeitslosen auf nicht weniger als 3 000 000 Männer und Frauen gestiegen sein. Die Folge eines solchen Zustandes wird eine wachsende Zahl von obdachlosen Kindern,von Bettlern und Prostituierten sein- (die gibts auch in Rußland !) Die geringe Entschädigung, die man den Arbeitslosen zahlt, erregt berechtigten Unwillen. Sie erhalten im Durchschnitt 11,9 Rubel, das sind 5 Vorkriegsrubel. Die Gewerkschaften zahlen den Arbeitslosen Renten von durchschnittlich 6,5 bis 7 Rubel. Diese Renten erhalten aber nur etwa 20 % von den arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern." So faßt man das Arbeitslosenproblem in Rußland an. Sie sehen also, (das wollte ich nur sagen), daß das Arbeitslosenproblem ein überaus schwieriges Kapitel ist, daß man es selbst in einem Lande, in dem Sie die Herrschaft haben,nicht zu lösen vermochte. Man macht es genau so wie überall. Man versucht, dieses schwierige Problem mit allen möglichen anderen Problemen irgendwie in einen erträglichen Zusammenhang zu bringen. Das ist auch unser Gedanke, und wir wollen versuchen, mit den anderen Fraktionen, auch mit Ihnen, einen Weg zu beschreiten, der gangbar ist. Wir wollen versuchen, den Menschen zu helfen. Daß man es nicht machen kann, wie Sie es mit Ihrem Antrage beabsichtigen, hat der Sprecher der Sozialdemokratie Ihnen ja schon gesagt. Das ist unmöglich.Denn dann würde wahrscheinlich die Sache so sein, daß die Arbeit, die doch einmal getan werden muß, (so schmerzlich sie auch für manche ist) aber es muß doch ein gewisses Maß von Arbeit geleistet werden,überhaupt nicht mehr getan würde, wenn Ihr Antrag durchginge, daß man dem Arbeitslosen mehr gibt, als dem, der arbeitet.Sie können doch nicht sagen, daß das gerecht wäre. Wenn Ihr Antrag wirklich zur Durchführung käme,dann würden diejenigen, die arbeiten, Ihnen etwas anderes erzählen. Ihnen würden dann die Ohren klingen, dann hätten Sie wahrscheinlich die längste Zeit ihren Funktionärposten inne gehabt. Aber den Antrag stellen Sie nur, weil Sie ganz genau wissen, daß er nicht durchgeht. Dafür sorgen schon die anderen Fraktionen, und dafür sorgt auch die Regierungskommission. Wenn Sie wirklich etwas machen

wollen,

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

wollen,dann bleiben Sie auf dem Weg, der gangbar ist, aber verlangen Sie nichts Unvernünftiges.

(Zuruf des Abg.Weiß: Das ist vernünftig !)

Dann würden Sie sich vielleicht auch noch zu den Arbeitslosen melden, ich traue Ihnen das zu nach Ihrem äußeren Ansehen.

(Zuruf eines Kommunisten: Ist das eine Frechheit!)

(Zuruf des Abg.Weiß: Der kann sprechen was er will, ohne zur Ordnung gerufen zu werden!)

- Glocke des Vorsitzenden-

Rufen Sie mich zur Ordnung,Herr Präsident,daß dem Manne der Freiheit der Genuß bereitet wird.

(Zuruf des Abg.Weiß: Ein ganz dreckiger Kerl sind Sie!)

Ich habe mich heute morgen vollständig sauber gewaschen, von Kopf bis zu Fuß.

(Zuruf des Abg.Weiß: Sie gehören in ein Kasperletheater hinein!)

Streiten wir uns nicht, wer dort hingehört!

- Glocke des Vorsitzenden -

orsitzender: Herr Schmelzer, ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen.

bg. Schmelzer (DSV) fortfahrend: Haben Sie mir den Ordnungsruf erteilt, Herr Weiß wartet darauf.

(Zuruf des Abg.Weiß: Er ist schlimmer als ein Clown.)

Wenn Sie mit uns gehen wollen, wenn Sie mit uns einen Weg beschreiten wollen, das was möglich ist zu erreichen, dann kommen wir vielleicht zu einem gemeinsamen Beschluß des Landesrates, gegen den die Regierungskommission viel weniger angehen kann, als wenn eine Minderheit gegen den Beschluß spricht. Das wäre doch das Natürliche, das Vernünftige. Dieser Weg trägt allerdings Ihrem Agitationsbedürfnis keine Rechnung. Ich richte deshalb die Aufforderung an Sie, mit uns in der Kommission heute nachmittag einen Weg zu beschreiten, der zeigt, wie den armen Menschen wirklich geholfen werden kann. Dann haben Sie mehr getan, als mit Ihrem Theaterdonner, den Sie hier loslassen.

(Bravo- Rufe !)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Backes!

Abg.Backes (Chr.SP): Meine Herren! Betr.der Fürsorge für die Erwerbslosen habe ich folgendes zu sagen:

Wir stellen den Antrag,die Regierung wird ersucht,diese Vorlage zurückzuziehen und das Arbeitslosenversicherungsgesetz einzuführen. Wir haben dem sozialdemokratischen Antrag in der Kommission zugestimmt und sind der Meinung,daß die Regierung zur Zeit schon in der Lage ist,die in der Kommission festgesetzten Sätze den Erwerbslosen auszuzahlen. Nachher wird sich das Übrige schon ergeben. Ich stimme diesem Beschlusse zu,der damals in der Kommission schon angenommen worden ist.Wenn wir heute Nachmittag bei der Besprechung Gelegenheit haben,werden wir das dem zustandigen Minister noch persönlich sagen.

Was die

Verhältnisse der Bergarbeiterschaft

anbetrifft im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit, da muß ich doch sagen,daß da vieles von dem richtig ist,was ich vorhin gehört habe. Die Schuld an diesen schlechten Verhältnissen liegt tatsächlich an diesem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Das muß gesagt werden,ob es den Kollegen vom Herrn Röchling gefällt oder nicht. Das liegt an diesem System. Wahrheit ist,was der Herr Schmelzer ausgeführt hat, daß noch nicht einmal ein Herr Röchling sich dazu hergeben kann,weil die Dinge zu fest ineinandergreifen. Das hat man gesehen drüben beim Eisenkampf. Und da hat die Saarbrücker Zeitung geschrieben,daß dieses System vielleicht einmal abgeändert werden muß. Ich glaube,dieses System ist jetzt schon abbaufähig. Wenn das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht in der Lage ist,die Arbeiterschaft zu bezahlen, dann ist es reif zum Abbau. Meine Partei steht in dieser Beziehung auf dem Standpunkt,daß in Zukunft dieses kapitalistische Wirtschaftssystem abgelöst werden muß und zwar abgelöst werden muß durch die Gewerkschaften. Das ist der Endschluß unserer Forderungen.

Wenn ich nebenbei schon heute höre,daß hier aus einem Buche von Rußland Zitate vorgelesen werden,so muß ich folgendes sagen: Ich habe es bisher nicht gewußt,daß wir hier Vorlesungen über Rußland abhalten. Wenn nun heute jeder glaubt,berufen zu sein,etwas über Rußland zu sagen,so stehe ich auf dem Standpunkt,es gibt ein Sprichwort: „ Jeder kehre vor seiner Türe",und wir haben im Saargebiet soviel zu kehren,daß wir nicht mehr nach Rußland zu gehen brauchen.

Was die Angelegenheit der Bergarbeiter betrifft,so muß ich der Regierung anheimgeben,sie hat es ja auch verstanden,die Beamtenschaft in etwa bis auf verschiedene kleinere Wünsche zu befriedigen.

Es

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4 I

Es wäre jetzt auch bald an der Zeit,daß sie sich um die Wünsche der Arbeiterschaft kümmerte.Und da glaube ich,wenn die Regierung es gewußt hat,daß die Teuerungsverhältnisse für die Beamten und für sie maßgebend sind und daß wegen dieser Teuerungsverhältnisse die Gehälter erhöht werden müssen,die schon ohnedem ziemlich hoch waren,daß da auch die Arbeiterschaft entlohnt werden muß,daß sie bestehen kann. Und wenn die Bergwerksdirektion im Zusammenhang mit dieser Lohnforderung dazu übergeht und will vielleicht auch ein politisches Geschäft machen,will die Gewerkschaften mundtot machen,will noch ein größeres Raubbausystem treiben unter den Gewerkschaften,wie sie es bis jetzt getrieben hat,dann ist es Zeit,daß die Regierung dort eingreift. Ich kann es nicht verstehen,wie der Herr Abgeordnete Reinhard hierher kommen und sagen kann, daß die Bergarbeiterschaft ihren Kampf verlieren würde. Da bin ich aber doch der Meinung,daß die Bergarbeiterschaft diesen Kampf auskämpfen wird und daß sie ihn auch gewinnen wird. Es ist mir gestern gesagt worden,daß man schon ein bestimmtes Quantum Kohlen herausge stellt hat für die Privatunternehmer. Man will also nach außen die Bestellung hochhalten. Aber nicht nur die Arbeiterschaft ist von den Kohlen abhängig. Die Bergwerksdirektion wird es sehen,daß es nicht nur die Bergarbeiterschaft,sondern auch noch andere Leute betrifft,wenn sie mit ihrer Lohnpolitik fortfährt. Unsere Gewerkschaften mußten sich darum verwenden,daß sie ein Absatzgebiet bekommen hat in Deutschland,daß sie etwa einige 100 000 Kilo Kohlen abgesetzt hat. Wir stehen auf dem Standpunkt,daß die Regierungskommission einmal zu zeigen hat,daß sie auch in der Lage ist,die Arbeitskräfte und das Arbeitsrecht zu stützen. Sie haben hier gesagt,daß im Bürgerlichen Gesetzbuch,das in Deutschland und auch hier in Kraft ist,die Arbeitskraft nicht gesichert wäre. Nun dafür ist aber die Regierung da und ich kann darauf hinweisen,daß im Jahre 1923 der Bergarbeiterstreik war,da hat die Regierung gewußt,worum es sich dreht. Sie hat Militär auf die Gruben geschickt,um unsere Streikposten zu belästigen. Heute scheint die Regierung nicht mehr daran zu denken,vielmehr hat sie Angst vor der französischen Bergwerksdirektion. Wir müssen hier als Vertreter der Arbeiterschaft unsere Pflicht erfüllen und müssen der Regierung das einhämmern und zwar so oft,daß sie es nicht übergehen kann. Es ist die höchste Zeit,daß sie dort eingreift, wo der Kampf noch länger droht.Wenn man schon heute dazu übergeht ,in den Betrieben zu rekludieren,so ist das ein bedauerlicher Beweis dafür,daß die Bergwerksdirektion diesen Kampf noch brutaler gestalten will. Die Regierung ist nicht nur für die Beamtenschaft,sondern auch für die Arbeiter. Das ist Pflicht des Staates hierfür zu sorgen,daß mit den Gewerkschaften über ein Tarifvertrag verhandelt wird und wenn es zum Streik kommen muß,dann leidet eben die gesamte Öffentlichkeit darunter und ich glaube,die Steuern sind heute schon so,daß wir gar keine Steuern mehr aufbringen können. Die tatsächlichen kommunalen Abgaben sind nicht mehr zu bilanzieren wegen den niedrigen Löhnen,und deshalb ist es ihre Pflicht. Wenn die Kommunen des Saargebietes nicht verkümmern sollen,muß die Regierung ihre Kraft anlegen und sich darum kümmern,daß die Bergwerksdirektion einen regelrechten Tarif abschließt, wie ihn die Arbeiter wünschen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hey!

Abg.Hey(KP): Meine Herren! Wenn wir heute vor das Forum des Landesrates treten mit dem

Antrag betr. Umänderung des Strafvollzuges,

so aus den Gründen,weil der Strafvollzug in seiner jetzigen Form und seiner Auswirkung den Strafgefangenen gegenüber katastrophale Auswirkungen angenommen hat. Das dem so ist, das bezeugen die letzten Pressemeldungen,wonach innerhalb 5 Wochen 2 Selbstmorde auf dem Lerchesflur zu verzeichnen sind. Die Massendesertionen auf den Außenkommandos und im Gefängnis selbst haben elementare Formen angenommen, die nur zurückzuführen sind auf die schlechte Behandlung,Ernährung und Arbeitsweise. Ich stelle die Behauptung auf,daß in keinem Gefängnis solche Zustände herrschen,wie dies in der Strafanstalt Lerchesflur der Fall ist. Was die Ernährung anbetrifft,so stelle ich fest,daß die Rationen,die den Strafgefangenen zur Verfügung gestellt werden,nicht ausreichen für einen erwachsenen Menschen. Wenn sich keine milde Hand öffnet von Verwandten oder Anverwandten so müssen die Strafgefangenen eine wahre Hungerkur durchmachen. Es gibt nichts anderes wie trockenes Brot und Kaffee als Frühstück. Dennoch verlangt man von den Gefangenen eine überaus körperliche Anstrengung. Mittags eine Suppe,die an Zutaten sehr viel zu wünschen übrig läßt. Wenn pro Gefangener für 1/10 Centimes Gewürz verwandt wird, dann kann man ungefähr verstehen,was es heißt,längere Zeit eine solche Kost zu genießen. Dennoch verlangt man von den Gefangenen in körperlicher Hinsicht eine Arbeit,welcher sie nicht nachkommen können. Meine Herren,wenn ich Ihnen sage,daß Strafgefangene den Pflug und die Egge mit der Hand ziehen müssen,dann spricht diese Arbeit eine beredte Sprache. Daß diese Leute dabei umfallen und nicht mehr mitmachen können,versteht sich von selbst. Wer sich dagegen beschwert wird abgelöst und fliegt,wenn man ihm gut will,ins Arrest. Es ist interessant,die Arrestzelle in Gestalt eines lebendigen Sarges einmal zu studieren und sich dieselbe anzusehen. Man glaubt,daß man sich hier noch im Mittelalter befindet.Der Selbstmord des Fürsorgezöglings Reedenbach, welcher sich in der Arrestzelle erhängte,ist nur auf das System zurückzuführen. Vierzehn Tage bei Wasser und Brot,jeden 4.Tag etwas Warmes und das alles noch zu wenig,diesen seelischen Qualen und Folterungen nicht gewachsen,zog es der junge Mensch vor,seinem Leben ein Ende zu bereiten. Der junge Mensch,der abkommandiert war auf einen Hof,sich von demselben entfernte und sich freiwillig der Gefängnisverwaltung zur Verfügung gestellt hat,wird ohne weiteres mit 14 Tagen Arrest bestraft.

Im übrigen mache ich darauf aufmerksam,daß die Arbeitsweise im Gefängnis selbst,sowie auf den

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4 I

Höfen und den Außenkommandos ein typisches Beispiel rücksichtslosester Ausbeutung spottbilliger Arbeitskräfte ist. Auch die Ernährung auf den Höfen läßt sehr viel zu wünschen übrig. Dabei verlangt man von den Strafgefangenen eine 14 bis 15 stündige Arbeitszeit. Was sich diese Latifundiumbesitzer den Strafgefangenen gegenüber nicht alles erlauben, zeigt folgender typischer Fall:

Der Besitzer des Websweilerhofes, namens Stalter, den Strafgefangenen sehr gut bekannt, durch seine rücksichtslose Behandlung denselben gegenüber, erlaubte sich beim Mähen dem Strafgefangenen Fischer mit der Sense gegenüber zu treten und ihn zu bedrohen, weil er ihm scheinbar nicht schnell genug gemäht hatte. Weil sich der betr. Gefangene ihm gegenüber zur Wehr setzte, wird er abgelöst und erhält dafür 14 Tage Arrest. Andere Gefangene, die sich von ihrer Arbeitsstätte entfernt haben, um sich Brot und Wurst zu kaufen, weil sie von den betr. Verwaltern nicht genügend zu essen bekamen, werden abgelöst und wandern ohne weiteres ins Arrest. 90 % sämtlicher Strafgefangenen auf den Höfen, soweit sie abberufen werden ins Gefängnis, wandern ins Arrest. Dabei muß festgestellt werden, daß hierbei dem Urteil der Verwaltung entsprechend zu handeln diese Gutsbesitzer immer im Recht sind, während man den Klagen und Beschwerden der Gefangenen bei der Verwaltung kein Gehör schenkt. Dies ist auch nicht verwunderlich, wenn man feststellen muß, daß die Verwaltung bei ihren Kontrollgängen, mit Wein und Schinken sehr gut bewirtet wird.

Ich komme nun auf die Zustände im Gefängnis zurück. Ich stelle fest, daß Ungeziefer in der Anstalt vorhanden ist, daß in einer einzigen Zelle mehr Wanzen sind als Strafgefangene auf der Lerchesflur, ist schon festgestellt worden. In gesundheitlicher Hinsicht sind die Zugangszellen in einem sehr unsauberen Zustande. Ohne Bettwäsche, ohne Desinfektion wandert ein Gefangener nach dem andern, in diesen ein und aus. Was die Arbeitsweise im Gefängnis anbetrifft, muß festgestellt werden, daß der Gefangene wenn er Z.-Gefangefangener ist, erhält er pro Tag 30 Centimes. Ein Strafgefangener 60 Centimes. Dabei haben die Gefangenen nicht einmal einen gesetzlichen Anspruch auf dieses Geld. Auch die Privatunternehmer, im Gefängnis, machen auf Grund der billigen Arbeitskraft glänzende Geschäfte. Daß bei solchen Zuständen die Gefangenen rebellisch werden, ist eine Selbstverständlichkeit. Man wird sagen, dem Strafgefangenen ist Gelegenheit geboten, sich z u beschweren. Auch das ist ein Kapitel für sich selbst. Gerade wir selbst hatten Gelegenheit festzustellen, daß man den Beschwerden der Gefangenen keine große Aufmerksamkeit schenkt. Als in der „Arbeiter-Zeitung" der Bericht erschien über den Selbstmord des Strafgefangenen Auer, ging man von Seiten der Verwaltung dazu über, uns zu maßregeln. Wir haben uns diesbezüglich an die Justizabteilung gewandt mit einer

Beschwerde

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8

A4 I

Beschwerde,ohne jedoch nur einmal eine Antwort zu erhalten. So sehen die Beschwerden im Gefängnis aus. Wir verlangen aus diesem Grunde,daß die Regierungskommission eine Kommission einsetzt,die sich zu jeder Zeit,über das System und die Auswirkungen des Strafvollzuges im Gefängnis informieren kann.

Nun fühle ich mich noch verpflichtet,auf die Fragen,die der Herr Schmelzer hier aufgeworfen hat, einzugehen. In aller erster Linie muß ich bemerken,daß ich es ablehne,auf solche dumme dreckige persönliche Bemerkungen,wie Sie,Herr Schmelzer,es getan haben,einzugehen. Man kann im öffentlichen Leben feststellen,daß diejenigen,die politisch nicht diskutieren können,anfangen persönlich zu werden. Aber damit richten Sie sich ja selbst und zeigen, auf welchem tiefen Niveau,Sie sich bewegen.

Das Erwerbslosenproblem,die Not-und Elendslage der Gesamtarbeiterschaft,die Wohnungsnot, all dieses sind Begleiterscheinungen des kapitalistischen Systems. Wenn Sie kommen mit lendenlahmen Dummheiten und Legenden,daß die Erwerbslosenzahl in Rußland noch schlimmer sei,als in Deutschland, so ist dies nur eine wissentliche Unwahrheit. Sollten Sie sich dennoch interessieren über die sozialpolitischen Zustände in Rußland,so ist Ihnen Gelegenheit gegeben,Arbeiter,die nicht zur Kommunistischen Partei gehören, und dort waren, die Verhältnisse zu studieren,in öffentlichen Versammlungen anzuhören. Ihre ganze Kampfesweise findet ihren Ausdruck in Lug und Trug und Entstellung der Tatsachen. Jedenfalls das eine steht fest,daß es in Rußland wirtschaftlich bergauf geht,während in den kapitalistischen Staaten die Not und Elendslage der Arbeiterklasse von Tag zu Tag schlechter wird. Daß der Sozialismus nicht in einigen Jahren aufgebaut werden kann,ist eine Selbstverständlichkeit. Aber dennoch steht fest, daß 5 Jahre Aufbau in Rußland,zeigen die ersten Anzeichen eines sozialistischen Staates. Und wir empfehlen der internationalen Arbeiterklasse, das Beispiel der russischen Arbeiterklasse nachzuahmen und es gibt keinen anderen Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse,als den Weg ,den das russische Proletariat uns gezeigt hat.

(Bravo-Rufe der Kommunisten!)

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg.Schmelzer (DSV): Ich stelle fest, daß wir uns seinerzeit dafür eingesetzt haben, daß eine Kommission zur Besichtigung der Strafanstalten gebildet wird. Wir sind auch jetzt wieder bereit,zuzustimmen, daß ständig eine Kommission amtieren soll, um ,wo es gewünscht wird, Verbesserungen zu schaffen. Es ist ein Trugschluß,wenn angenommen wird, daß wir die Unmenschen sind, die diese Zustände billigen.
Wir sind auch für Beseitigung der Mißstände,sind allerdings nicht für den ganzen Antrag, da Dinge darin enthalten sind, die sich nicht durchführen lassen. Es sind nicht alle Engel, die im Gefängnis sitzen.

(Zuruf des Abg.Hey: Das sind alles Opfer des kapitalistischen Systems!)

Es gibt auch nach der Meinung der Kommunisten Feinde der Gesellschaft, die irgendwie isoliert werden müssen, die daran gehindert werden müssen, daß sie sich als Feinde der Menschheit benehmen. Ich zähle darunter nicht die politischen Täter. Ich bin Ihrer Meinung, daß man ein Vergehen politischer Natur anders behandeln muß, als ein Vergehen gemeiner Natur. Es gibt aber Fälle, die Sie als politische ansehen, bei denen man mindestens im Zweifel sein kann, ob sie ihnen zuzuzählen sind.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg.Hoffmann(SP): Ich kann im Auftrage meiner Fraktion erklären, daß wir auch den Antrag unterstützen, ohne uns die Begründung des Antrages ganz zu eigen zu machen. Auch wir verurteilen die Vorkommnisse. Ich weise darauf hin, daß wir auch im Falle Reinhard es so getan haben.

(Zuruf des Abg.Schmelzer: Einstimmig!)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer!

Abg. Kiefer (Z): Ich glaube nicht, daß die kommunistische Partei unsere Unterstützung zu diesem Antrage wünschen kann. Denn sie will doch nicht mit den bürgerlichen Parteien verbunden sein. Und wenn wir hier als Bourgeoisie den Antrag unterstützen, dann würde ja die Kommunistische Partei von dieser Bourgeoisie infiziert. Das könnte von den Leuten auf der Tribüne nicht richtig verstanden werden.Es könnte so aufgefaßt werden, daß es eine Politik dieser Bourgeoisie wäre. Weil wir das Verhindern müssen, können wir dem Antrag nicht zustimmen, sondern greifen die Mißstände heraus, die beseitigt werden müssen. Wir ersuchen den Herrn Staatskommissar, bei der Regierung dafür einzutreten, daß diese Mißstände beseitigt werden.

Vorsitzender: Damit ist der Antrag erledigt.- Es liegt noch ein Antrag der Kommunistischen Fraktion vor: „Die Regierung besitzt nicht das Vertrauen des Landesrates." Zur Behandlung eines solchen Antrages ist geschäftsordnungsmäßig keine Möglichkeit gegeben. Infolgedessen muß ich den Antrag zurückgeben.
Ich schließe die Sitzung (13 Uhr 45 Minuten).

- o O o -

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4